

Lübener Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Der „Lübener Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 6.00 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sieben-spaltige Preiszeile oder deren Raum 200 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 170 Pfg., Reklamen 700 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, spätere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 245.

Mittwoch, den 10. Oktober 1921.

28. Jahrgang.

Entente und Völkerbundvorschlag.

Paris, 18. Oktober.

Die Botschafterkonferenz wird erst Mittwoch zusammen-treten. Die Ursache ist aber nicht in der verspäteten Rückkehr Lord Hardings zu suchen, der gestern Abend in Paris eingetroffen ist, sondern in den zwischen Frankreich und England bestehenden Meinungsverschiedenheiten. Es soll versucht werden, in einer Konferenz durch einige juristische Sachverständige, nämlich Herrn Fromageot französischerseits und Mac King englischerseits einen Ausweg zu finden, der England und Frankreich dazu führt, die Grenzlinie und die wirtschaftlichen Empfehlungen des Völkerbundes gleichzeitig bekanntzugeben.

Auf Seite Frankreichs scheint man nunmehr dem englischen Standpunkt Rechnung tragen zu wollen. Das „Echo de Paris“ teilt mit, daß Frankreich in der nächsten Sitzung der Botschafterkonferenz am Mittwoch einen Vortragsentwurf stellen wird. Der „Petit Parisien“ führt aus, daß sich alle Mitglieder der Botschafterkonferenz darüber einig seien, daß man die Bekanntgabe der Grenzlinie nicht von den wirtschaftlichen Empfehlungen des Völkerbundes trennen dürfe. Frankreich, England und der Völkerbund seien der Ansicht, daß es dem Geiste der vorgeschlagenen Lösung widersprechen würde, die wirtschaftlichen Empfehlungen als einfachen Wunsch des Völkerbundes zu betrachten. Da man die Grenze durch ein von Bergwerken und Fabriken übersätetes Gebiet gezogen habe, könnte ein Zustand bedauerlicher Unordnung eintreten, wenn man nicht Vorkehrungsmaßnahmen ergreife, die der Völkerbund empfahl. Darüber sei sich alle Welt einig.

Allerdings habe der Friedensvertrag vorausgesehen, daß man nur eine Grenzlinie festlegen sollte, dagegen sagte er aber nichts darüber, daß gleichzeitig wirtschaftliche Maßnahmen getroffen werden möchten. Im Gegenteil: Es finden sich in Artikel 88 ein paar Bestimmungen, welche Verlegenheiten bereiten. Aber dies seien nur technische Einzelheiten, die gegenwärtig geprüft werden und die nur dazu führen sollen, gleichzeitig die Grenzlinie und die wirtschaftlichen Empfehlungen Deutschland und Polen bekanntgeben zu können.

So optimistisch wie der „Petit Parisien“ sieht das „Deuore“ allerdings die Situation nicht an. Es berichtet, daß es in der Sitzung der Botschafterkonferenz am Sonnabend zu lebhaften Meinungsverschiedenheiten zwischen Jules Cambon als Vertreter Frankreichs und dem englischen Geschäftsträger sowie dem japanischen Botschafter gekommen sei. Die beiden letztgenannten erklärten, daß der Völkerbundbeschluss so angenommen werden müsse, wie er gefaßt wurde und daß keinerlei Vorbehalte noch Änderungen gestattet werden könnten. Das „Deuore“ erklärt, daß eine gewisse diplomatische Kühnheit dazu gehöre, wenn man nach einer so heftigen Debatte behaupten wolle, daß die Botschafterkonferenz den Beschluss des Völkerbundes gebilligt habe, ebenso kühn sei es, zu versprechen, daß am Mittwoch nur die Einzelheiten der Durchführung besprochen würden.

Außer den Beratungen von Mac King und Fromageot werden heute eingehende Besprechungen mit dem Sekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, stattfinden, der nach Paris gerufen wurde, um ein Gutachten darüber abzugeben, was der Völkerbund mit seinem Beschluss gemeint habe. In französischen politischen Kreisen glaubt man, daß diese privaten Besprechungen im Laufe des heutigen Tages oder morgen vormittag die Angelegenheit so weit fördern könnten, daß morgen nachmittag die Sitzung der Botschafterkonferenz stattfinden und wenigstens eine prinzipielle Entscheidung darüber treffen könnte, ob die Grenzlinie unabhängig von den wirtschaftlichen Empfehlungen Deutschland und Polen bekanntgegeben werden soll oder ob der Genfer Beschluss als unteilbarer Block angesehen werden soll.

Kredithilfe und Sachwertsteuer.

Berlin, 19. Oktober.

Der „Vorwärts“ schreibt: Ein Kreditabkommen zwischen Reich und Industrie kann nur als eine Abschlagszahlung auf eine Sachwertsteuer angesehen werden. Dazu ist ein Ausbau des Steuerprogramms in der Absicht der Erfassung der Goldwerte erforderlich. Für die Industrie ist dies durch eine unmittelbare Beteiligung des Reiches am leichtesten gegeben. Die Landwirtschaft und ein Teil des Gewerbes wird aber selbst durch die Kredithilfe noch zu wenig oder überhaupt nicht in Anspruch genommen. Es ist daher notwendig, daß eine gerechte Reichsgrundsteuer, ähnlich wie die in Oesterreich vorgesehene, und eine Reichs-

gewerbesteuer in das Steuerprogramm eingeseht werden. Ferner ist die Erhöhung der Körperschaftsteuer und insbesondere der Dividendensteuer eine zwingende Notwendigkeit.

Im Laufe des Dienstag hat sich der interfraktionelle Ausschuss des Reichstages in Gegenwart des Reichskanzlers Dr. Wirth mit den künftigen Steuerproblemen beschäftigt und Kenntnis genommen von dem Gang der Verhandlungen, die bisher mit der Industrie über eine Kreditbeschaffung geführt wurden. Die Verhandlungen waren vertraulicher Natur. Gefaßt aber darf werden, daß das Angebot der Industrie noch keine konkreten Formen angenommen hat, und daß augenblicklich noch ganz ungewiß ist, in welcher Form und in welcher Höhe die kapitalstärkigen Kreise zur Erfüllung der Reparationsverpflichtungen und zur Bilanzierung des Etats beitragen wollen. Nachdem dem Deutschen Reich durch die Beschlässe des Völkerbundes große Teile seines Wirtschaftssystemes genommen werden, ist es überhaupt fraglich, ob die bisherige Koalition zu einem Steuerprogramm, das den Verhältnissen entspricht, kommen wird. Es braucht heute kein Oberflächler mehr datus gemacht zu werden, daß die Lösung des überschuldeten Problems eine Situation schaffen wird, die kaum überbrückbar scheint: Die Sozialdemokratie denkt vorläufig nicht daran, ihr Votum zu einer weiteren Anziehung der Verbrauchssteuerschraube zu geben, wie sie von bürgerlicher Seite angestrebt wird. Andererseits muß man sich aber klar darüber sein, daß bei der Durchführung der bisherigen Absichten der Industrie zur Kreditbeschaffung eine Erfassung der Sach- und Goldwerte kaum möglich erscheint. Unter diesen Umständen wird das Deutsche Reich durch den Rücktritt des Kabinetts Wirth, der erfolgen wird, sobald die Entscheidung über Oberschlesien vorliegt, eine Krise von mindestens 14 Tagen bis drei Wochen erleben. Vorläufig weiß nämlich noch niemand, wie nach der Entscheidung über Oberschlesien die finanziellen Ansprüche des Reiches und die der Ententemächte geregelt werden sollen.

Das Bestreben der deutschen Politik wird auf Grund der augenblicklichen Lage künftighin auf eine Verminderung der finanziellen Verpflichtungen dem Auslande gegenüber und auf eine Revision des Friedensvertrages gerichtet sein müssen. Im Artikel 232 des Versailler Vertrages haben die Ententemächte selbst anerkannt, daß Deutschland in Durchführung anderer Bestimmungen des Friedens von Versailles auf die Dauer keinen finanziellen Verpflichtungen nicht nachkommen kann. Der betreffende Artikel lautet:

„Die alliierten und assoziierten Regierungen erkennen an, daß die Hilfsmittel Deutschlands unter Berücksichtigung ihrer dauernden, sich aus den übrigen Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrages ergebenden Verminderung nicht ausreichen, um die volle Wiedergutmachung aller dieser Verluste und Schäden zu gewährleisten.“

Inzwischen sind der Deutschen Regierung von den bei Unterzeichnung des Vertrages in Besitz befindlichen Hilfsmitteln weitere Teile genommen worden und zwar durch Bewirkung bestimmter Ententebeschlüsse. Dieses festzustellen vor aller Welt, hat das Deutsche Reich allen Anlaß, zumal sein Erfüllungswille, der zugleich von der Erfüllungsfähigkeit abhängt, ungehindert fortbesteht.

Verzögerung der Kabinettsbildung.

II. Berlin, 18. Oktober.

Die interfraktionellen Besprechungen, die im Laufe des heutigen Vormittags fortgesetzt worden sind, sind um 3 Uhr noch nicht zu Ende gegangen, infolgedessen kann auch über das Ergebnis noch nichts berichtet werden. — Wie die „Telegraphen-Union“ ferner erfährt, ist in Regierungskreisen die Anschauung vertreten, daß die Botschafterkonferenz auf Mittwoch verschoben wurde, um die Lösung der Berliner Kabinettskrise abzuwarten. Das Berliner Kabinettsamt setzt keine Hoffnung auf die Verhandlungen der Botschafterkonferenz, will aber seinerseits die Entscheidung in Paris abwarten, bevor es demissioniert. Es ist jedoch zweifelhaft, ob die politische Lage nicht eine sofortige Beschlussfassung vor dem Eintreffen der Entscheidung über Oberschlesien erforderlich machen wird.

Der frühere König von Bayern gestorben.

München, 19. Oktober.

Der frühere bayerische König Ludwig ist gestern nachmittags 4 1/2 Uhr, nachdem eine vorgestern aufgetretene Lungenentzündung den Herz-Kreislauf beschleunigt hatte, in Szarvar (Ungarn) in Gegenwart seiner Tochter und des ehemaligen Kronprinzen Rudolph von Bayern gestorben.

Geslers Rod muß respektiert werden!

Wie beleidigte Reichswehr.

Dr. L. Lübeck, 19. Oktober.

Das ewige Auf und Ab der politischen Wirrnisse macht die Zeitungen allmählich eintönig; die Freude jedes Zeitungsmannes sind daher kleine Abwechslungen, die wie pikante Ragouts fins die schweren Gerichte der Politik unterbrechen und nachher doppelt schmackhaft machen.

In diesem stetigen Bemühen haben wir einen lieben Bundesgenossen gefunden: die Lübecker Reichswehr der deutschen Republik. Wie wir zu dieser Freundschaft gekommen sind? Wie die Jungfer zum Rinde! Jedenfalls, und das ist uns die Hauptsache, werden Redaktion und Reichswehr in den nächsten Wochen darin wettschärfen, zur Unterhaltung der Leser des Volksboten ihr Bestes herzugeben. Zum Teil in Form von Gerichtsberichten, was dem amüsanten Stoff noch einen weiteren Reiz verleihen dürfte.

Heute werden wir die Vorgeschichte der merkwürdigen Freundschaft kurz skizzieren, damit das Kommando in allen Punkten von allen Lesern verstanden werden kann.

Vor einigen Tagen befand sich ein hiesiger Reichswehroberleutnant mit seiner Braut auf dem Wege zu einem Israelsdorfer Schwoof. Auf dem Gebeißplatz, an der Haltestelle der Strakenbahn, bekam er plötzlich einen Mutanfall, was bei Kavaliern auf solchem Wege und in solcher Gesellschaft nichts Seltenes sein soll. Diesen Mut ließ er an einigen Arbeitern aus, die zu ihrer Arbeitsstelle wollten. Er kommandierte ihnen da allerlei von einer anderen Zeit, von Verhaftung und dergleichen vor. Da bei solchen Anlässen bekanntlich die Arbeiter immer die Klügeren sind, so verabreichten sie dem Helden nicht etwa eine Tacht Prügel, sondern versuchten, auf gültlichem Wege sich eine gewisse Genug-tuung zu verschaffen. Der betreffende Herr jedoch verhielt sich wie ein abgebrühter Eber; er meldete sich einfach nicht. Da sein Name aber festgestellt war, so versprach die berühmte Luft des Säckdummsstellens auf die Dauer keinen Erfolg; konnte der Name doch jeden Tag im „Volksboten“ erscheinen. Deshalb tat der forsche Vertreter der Reichswehr das Dummste, was er tun konnte; er ging zum Angriff über.

Und das ging er folgendermaßen an. In einer hiesigen Kaffee-stube ergriff er das Wort, um in öffentlicher Rede sich reinzuwaschen und um gleichzeitig den Redakteur des „Volksboten“, Dr. L., zu befeckern. Was dieser mit der Sache zu tun hat, ist nicht ohne weiteres klar. War er doch nur das Sprachrohr der beleidigten Hofsofenarbeiter!

Man muß, um auch dies verstehen zu können, eine kleine Vorgeschichte kennen. Zur Zeit des Kapp-Putsch standen Dr. L., damals Leutnant, und Oberleutnant N. im gleichen Regimentsbereich irgendwo in Hinterpomern; ersterer als Führer einer Batterie, N. beim Stabe. Am 14. März früh gingen sämtliche Stäbe und beinahe alle Truppen zu der berühmten Regierung der „Freiheit, der Ordnung und der Tat“ über, die Kapp und Lüttwitz auftrichteten wollten. Nur Leutnant L. lehnte sich mit seiner Truppe auf, verband sich mit den Gewerkschaften der Umgegend und bekämpfte mit diesen gemeinsam die meuterischen Truppenteile, wobei es zu einem für die übergelassene Reichswehr besonders verlustreichen Gefecht in Belgard kam.

Nach dem Zusammenbruch des Kapp-Putsch haben dann alle eibrüchigen Offiziere rasch die andere Hand hoch und leisteten wieder der Republik ihren heiligsten Schwur. In der kommenden Verhandlung aber übten die um und umgefallenen Stäbe Verrat, ließen entgegen der Umarmung den Leutnant L. verhaften und unter furchtbaren Mißhandlungen in den Wasserturm von Gramenz sperren. Seine Truppe wurde entwaffnet und ebenso wie die Gewerkschaftsführer festgesetzt und drangaliert.

Aber wozu alles erzählen? Die gleiche Geschichte ist hundertfach passiert und die Schuldigen sind fast nirgends bestraft worden. Nur gerade in diesem Fall stand die Geschichte für die Herren Offiziere etwas schlecht, weil einer der Ährigen wahres Zeugnis ablegte. Einer der Haupttrüdelstörer wurde dementsprechend auch aus der Reichswehr entlassen.

Bekanntlich ist deshalb der Haß, mit dem die Offiziere den Leutnant L. umgaben, und verständlich ist auch der Zeh-tritt, den der Oberleutnant N. unter dem Druck dieses Haßes beging.

In der Kaffee-stube also konnte jeder die Rede an-hören, die dieser Oberleutnant hielt. Jeder konnte da des Gegenteils von der Wahrheit hören. Jeder konnte das alte Lied hören von der braven und versassungstreuen Reichswehr und von den bösen Arbeitern und Revolutionären.

Wir haben uns daraufhin erlaubt, einige richtigstellende Fragen an den Oberleutnant N. zu richten. Und die Folge? Der Mann ist beleidigt, und mit ihm die ganze Reichswehr. Wer sich nach dem Kapp-Putsch hinsetzte, um die Wahrheit zu sagen, den hörte man einfach nicht. Heute ist man schon etwas weiter! Des Königs (Geslers) Rod muß respektiert

werden! Heute soll man nicht einmal mehr davon reden, daß einst die Offiziere der Republik fast ausnahmslos zur Monarchie übergetreten sind. Wer trotzdem daran zu erinnern wagt, der bekommt es mit dem Gericht zu tun. Kurz und gut, der betreffende Oberleutnant spielt im Benehmen mit seinen Vorgesetzten den Beleidigten; er kündigt Klage an.

Wir möchten nur die zage Hoffnung aussprechen, daß der wadere Offizier nicht die Pfabe seines arbeitslosen Kollegen Morgen wandelt und es bei der Ankündigung bewenden läßt. Im übrigen würde dem Herrn auch ein Rückzug nichts nützen; auch wir werden dem Gerichte etwas zu verdienen geben. Nicht, daß einer unserer Redakteure beleidigt wäre! Von eibdrückigen Offizieren lassen wir uns nicht beleidigen. Nur um nochmals Gelegenheit zu bekommen, das ungläubliche Verhalten der Reichswehr in den Kaputttagen an den Wranger zu stellen, und um den Oberleutnant N. zu zwingen, seine unwahre Behauptung öffentlich zurückzunehmen!

Der Republik zu dienen ist auch in diesem Falle unser leitender Gedanke.

Amerikas Reparationsansprüche.

Paris, 18. Oktober.

Heute wird sich auf dem Quai d'Orsay die Konferenz versammeln, welche die Befugungskosten festzusetzen hat. Wie „Chicago Tribune“ meidet, scheinen zwischen den Amerikanern und den Vertretern der übrigen Mächte hinsichtlich der Anerkennung der Rechte Amerikas auf Bezahlung seiner Befugungskosten große Meinungsverschiedenheiten zu bestehen. Die Amerikaner berufen sich darauf, daß sie nicht 240, sondern bereits 300 Millionen Goldmark für die Befugung ausgegeben hätten und daß die Reparationszahlungen Deutschlands, dem Friedensvertrage gemäß, in erster Linie zur Befugung der Ansprüche aller Staaten dienen sollten, die Befugungstruppen am Rhein stehen haben. Dagegen stellt sich die Reparationskommission auf den Standpunkt, daß Amerika den Versaillesvertrag nicht ratifiziert habe, und daß es, da die Ratifizierung des deutsch-amerikanischen Sondervertrages vor der Tür stehe, Sache der Amerikaner wäre, sich mit Deutschland selbst über diese Angelegenheit auseinanderzusetzen. Der „Chicago Tribune“ zufolge ruft dieser Standpunkt der Reparationskommission in amerikanischen Kreisen ungünstige Kommentare hervor, und die amerikanischen Vertreter auf der heute beginnenden Konferenz, General Mac Allan, der aus Koblenz bereits in Paris eingetroffen ist, und Woodson, sind entschlossen, ihren Standpunkt energisch zu vertreten. Man glaubt indessen, daß die alliierten Vertreter auf dieser Konferenz dem amerikanischen Standpunkte Rechnung tragen werden.

Friedensdebatte in Amerika.

Washington, 18. Oktober.

Der Senat hat durch Handaufheben einen von dem demokratischen Senator Walsh aus Montana vorgeschlagenen Zusatzantrag zum Friedensvertrag mit Deutschland abgelehnt, der das Zusammengehen der Vereinigten Staaten mit anderen Mächten zu dem Zweck, Deutschland gegen jeden nicht herausgeforderten feindlichen Einfall zu schützen, billigt. Ein zweiter Antrag desselben Senators, der verlangt, daß die Vereinigten Staaten für den Fall, daß Deutschland ohne Herausforderung seinerseits angegriffen würde, aus freiem Antriebe ihre Hilfe anbieten, wurde ebenfalls, und zwar mit 62 gegen 6 Stimmen abgelehnt.

Senator Hitchcock unterstützte den zweiten Antrag von Walsh, indem er erklärte, die militärische Partei Frankreichs könnte für den Frieden der Welt eine starke Stütze werden. Schürdige erklärte andererseits, Frankreich sei zu seiner Pflicht bereit, sich nicht auf die Tatsache, daß es im Verlaufe von vierzig Jahren zweimal von Deutschland angegriffen worden sei. Lodge, Taft und andere Republikaner widersprachen dem Antrag mit der Begründung, daß man sich darauf verlassen könne, Deutschland würde für seine eigenen Interessen sorgen.

Wiederzusammentritt der französischen Kammer.

Paris, 19. Oktober.

Die Session des französischen Parlaments ist gestern nachmittag eröffnet worden. Die Sitzung begann um 3.10 Uhr. Ministerpräsident Briand und die anderen Regierungsmitglieder befanden sich auf der Regierungsbank. Der Präsident verlas zunächst das Dekret Millerands, durch das die Session des Parlaments eröffnet wird und hielt sodann noch eine kurze Rede zum Andenken an einen inzwischen verstorbenen Abgeordneten. Ministerpräsident Briand verlangte sodann die sofortige Beendigung der Interpellation über die Regierungspolitik. Als nächster Redner sprach der Abg. Marguillat.

Die Arbeitslosenfrage in England.

London, 18. Oktober.

Kloyd George hat seine beim heutigen Wiederzusammentritt des Parlaments erwartete Rede auf morgen verschoben. Er wird heute nur eine kurze Erklärung über die Arbeitslosenfrage abgeben. Bismarck'sche Beschlüsse werden drei Geiseltentative eingebracht werden betreffend 1. Ausdehnung des Handelskreditgesetzes, 2. Erteilung von neuen Bezugszinsen an die örtlichen Behörden, Geld für Notstandsarbeiten zu beschaffen, 3. die Schaffung von Unterstützungsansprüchen und Bereitstellung von besonderen Fonds.

England zum Markstur.

London, 18. Oktober.

Auch die Morgenblätter besaßen sich mit dem Sturz der britischen Mark. Während „Times“ in einem Leitartikel schreibt, eine Ermäßigung der an Deutschland gestellten Forderungen würde im gegenwärtigen Augenblick die wirtschaftlichen Aussichten in Europa nicht verbessern, sagt „Daily News“, nach einer Ansicht des Reichsministeriums für Reparationsforderungen am Jahresbericht der Mark. Wenn der Sturz der Mark einhalte, in dem Reichsland wünschenswert ist, die erzielte Summe zu bezahlen. Unter Hinweis auf den Schaden, den der Tiefstand der Mark ganz Europa zuzieht, fragt „Daily News“, weshalb man auf der Forderung der Reparationen bestehe.

Gegen den Wucher!

Berlin, 18. Oktober 1921.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat im Reichstag folgende Interpellation eingebracht:

„Durch die Aufhebung der Zwangswirtschaft sind die Preise für alle Nahrungsmittel und Gegenstände des täglichen Gebrauchs maßlos in die Höhe getrieben.“

Der Preis für das freie Getreide steht weit über 4000 Mark per Tonne; der Kartoffelpreis ist um rund 100 Prozent höher als er im vorigen Jahre war und alle Anzeichen deuten darauf hin, daß der Preis für dieses wichtige Volkswirtschaftsmittel noch weiter steigt.

Die Preise für Rohhäute sind im Zeitraum weniger Wochen um 300 bis 400 Prozent gestiegen, sodaß damit zu rechnen ist, daß der Lederpreis in kurzer Zeit eine Rekordhöhe erreichen wird. Ebenso steht es mit den Preisen für inländische Rohwolle.

Löhne und Gehälter sind angesichts der gewaltigen Lederung völlig unzureichend erhöht. Die wirtschaftliche Lage der Invaliden-, Alters-, Unfall- und Kriegseintner hat sich bedauernd verschlechtert, und die Kleinentner sinken immer tiefer ins Elend.

Wir fragen daher:

Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um die Preissteigerung der Waren deutscher Herkunft und den offen betriebenen Wucher zu unterbinden?

Änderungen im Wiesbadener Abkommen?

London, den 18. Oktober.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, ein interalliiertes Einvernehmen über das Wiesbadener Abkommen werde vielleicht erzielt werden, jedoch nicht ohne sehr sorgfältige und materielle Abänderungen. Auf britischer Seite bestehe keineswegs die Absicht, Frankreich bei seinem berechtigten Wunsch, den Wiederaufbau seiner zerstörten Gebiete mittels deutscher Unterstützung zu beschleunigen, Schwierigkeiten zu bereiten. Zugleich suche jedoch das britische Schahamt für Großbritannien das Maximum von erreichbaren Reparationen zu sichern, und aus diesem Grunde könne es — sei es zugunsten Deutschlands oder Frankreichs — auf irgendwelche wesentlichen britischen Rechte nicht verzichten. Der britische Vertreter müßte sich daher in der Hauptsache von zwei Faktoren leiten lassen: 1. der etwaigen nachteiligen Wirkung des Wiesbadener Abkommens in seiner augenblicklichen Gestalt auf Deutschlands Zahlungsfähigkeit und 2. von dem Umfang, in dem das Wiesbadener Abkommen Frankreich Priorität gewährt.

Der deutsche Außenhandel.

Berlin, 19. Oktober.

Der deutsche Außenhandel im Juli 1921 zeigt nach den im Reichsanzeiger veröffentlichten Ergebnissen eine geringe Erhöhung der Ein- und Ausfuhr gegenüber dem Juni. Die Menge der eingeführten Waren stieg von 18,2 auf 19,2 Millionen Doppelzentner und zwar war es besonders die Einfuhr von Lebensmitteln, Kohlen und Mineralölen, sowie Rohstoffen der Eisenindustrie, die sich der Menge nach erhöht hat. Der Wert der eingeführten Waren stieg von 6,40 auf 7,58 Milliarden Mark. Man muß sich dabei vergegenwärtigen, daß der Wert der eingeführten Waren, in Papiermark ausgedrückt, schon deshalb stärker zugenommen hat, als ihre Menge, weil sich die Valuta gegen den Juli verschlechtert hat. Man zahlte z. B. im Durchschnitt des Monats Juni für einen Dollar in Berlin 69,98, im Juli aber 76,77 Mark. Geringer ist die Zunahme der Ausfuhrmengen. Diese erhöhten sich von 15,08 auf 15,58 Millionen Doppelzentner. Dabei ist die Ausfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse zurückgegangen. Wesentlich erhöht hat sich die Ausfuhr chemischer Produkte, nämlich um 3,1 Millionen Doppelzentner, ähnlich auch der Export von Waren der Metallindustrie. Die Warenexporter verzeichnen somit, daß ihren Export nicht ganz in demselben Tempo weitersteigert können, immerhin aber 857 Doppelzentner mehr ausgeführt als im Juni. Auffallend ist bei einem Bezugs der Ein- und Ausfuhrwerte, daß sich der Ueberschuß der Einfuhr über die Ausfuhr weiter erhöht hat. Die Ausfuhr betrug nämlich dem Werte nach im Juli 6,2 Milliarden Mark gegen 5,4 Milliarden Mark im Juni. Der Ueberschuß des Wertes eingeführter Waren erhöhte sich also von rund einer Milliarde im Juni auf 1,3 Milliarden im Juli. Die Steigerung der Ausfuhr dürfte darauf zurückzuführen sein, daß die Valutaverschlechterung einen erhöhten Anreiz dem Warenexport bot, sie blieb aber infolge der wirtschaftlichen Hemmungen durch die Sanktionen immer noch verhältnismäßig weit hinter ihrer Leistungsfähigkeit zurück.

Der Börsensturm.

Berlin, 18. Oktober.

Die stürmische Bewegung am Devisenmarkt hat gestern etwas nachgelassen. Auch diesmal vollzog sich die Kursentwicklung unter außerordentlich heftigen Schwankungen, die darauf schließen lassen, daß spekulative Kräfte an der Arbeit sind. Es handelt sich hierbei noch weniger um die Tagespekulation als um langfristige der Industrie und des Handels, die eine weitere Vertiefung der fremden Zahlungsmittel befürchten und sich daher in erhöhtem Umfange mit Devisen versehen. Bezeichnend für die spekulativen Treiber ist die Tatsache, daß am gestrigen Börsenbeginn in Berlin der Dollar mit 165 von Banken angeboten wurde, kurze Zeit darauf aber auf 167 hinaufstieg, um dann bei der amtlichen Kursfestsetzung auf 180,81 zu stehen, also um 4 Mark billiger als am 17. Oktober. Im ganzen ist das Bild der Devisenkurve gegenüber vorgefesselt nicht einheitlich, so zeigen der holländische Gulden, das englische Pfund und die schwedische Krone noch Preissteigerungen, während andere Devisen, wie der französische und der Schweizer Franken etwas zurückgegangen sind. Gegen Börsenende waren die Kurse leicht gesunken. Es ist also zu hoffen, daß der trostlose Befristungs in der Bewertung des Mark, wie er vorgefesselt bei der panikartigen Preissteigerung ausländischer Zahlungsmittel keinen Ausdruck fand, wieder ruhiger, Ueberlegung Platz macht. Allerdings sind spekulative Aus-

Berlin ohne Zeitungen.

Seit etwa zwei Wochen gelten für das Berliner Zeitungsgewerbe neue Lohnabmachungen. Während der Verhandlungen über die Höhe der zu gewährenden Zulage haben eine Reihe Berliner Zeitungsbetriebe die Forderungen der Gehilfen bewilligt, während andere weiter verhandelt und dabei die Höhe dieser Zulage etwas heruntergedrückt haben. Genau genommen bestehen deshalb im Berliner Zeitungsgewerbe zweierlei Abmachungen, nach denen die Höhe der Zulage um etwa 20 Mk. differiert. Ueber diesen Zustand wurde der aus Prinzipalen und Gehilfen paritätisch zusammengesezte Berliner Tarifausschuß um eine Entscheidung angegangen. Der Entscheid ging einstimmig dahin, daß es für die Firmen, die einen niedrigeren Satz vereinbart hatten, bei diesem Satz kein Bewenden haben müsse. Während die übrige Berliner Gehilfenchaft diese Entscheidung annahm, verlangte das Personal der Firma Mosse den höheren Satz und stellte, als diese Forderung nicht bewilligt wurde, die Arbeit ein. Jetzt haben sich nach mehrtägigem Streit des Moskischen Personals die Berliner Prinzipale mit der bestreikten Firma solidarisch erklärt und ihre Personale am Dienstag morgen ausgesperrt. Von der Aussperrung nicht betroffen sind nur die Druckereien der sozialistischen Blätter, der Deutschen Zeitung und der Kreuzzeitung. Alle übrigen Zeitungen sind nicht erschienen. Die streitenden Parteien sind in Verhandlungen begriffen.

Berlin, 19. Oktober.

In einer gestrigen Versammlung der Arbeiter der Firma Mosse wurde eine Entschließung angenommen, in der es heißt:

Die Betriebsversammlung der Firma Mosse billigt das Vorgehen ihrer gesetzlichen Vertretung. Sie verurteilt das brutale Vorgehen der Firma, die nicht den Verhandlungsweg wählte, sondern die Arbeiterschaft fristlos auf das Verloren ließ. Sie gelobt, treu auszuhalten im Vertrauen auf die Solidarität der gesamten Arbeiterschaft.

Der Arbeiterrat der Firma Mosse vertritt folgende Darstellung: Die Behauptung des Vorsitzenden des Arbeiterverbandes, daß bei der Firma Mosse keine Aussperrung erfolgt sei, entspricht nicht den Tatsachen. Richtig ist, daß das gesamte technische Personal am Sonnabend nachmittags gegen 14 Uhr fristlos entlassen und somit ausgesperrt wurde.

Die Attentäter von Lüdenscheid verhaftet.

Wie die B. B. N. erfahren, sind die Täter, die das Attentat auf Stresemann nach seiner Rede auf dem Lüdenscheider volksparteilichen Parteitag verübt haben, verhaftet worden. Es sind im ganzen fünf Personen und sämtlich eingeschriebene Mitglieder der R. P. D. Die Hauptperson, von der auch die Schüsse abgegeben worden sind, ist ein gewisser August Schmidt.

Vermont für Anschluß an Preußen.

Hannover, 17. Oktober.

Bei der gestrigen Volksabstimmung über den eventuellen Anschluß Vermonts an Preußen wurden, wie der „Hannover Kurier“ mitteilt, bei 55 Prozent Wahlbeteiligung 2546 Stimmen für und 640 Stimmen gegen den Anschluß an Preußen abgegeben. Die Entscheidung unterliegt nun noch der Abstimmung in den beiden Landtagen von Wald und Preußen.

Die Abstimmung hat ein Ergebnis gezeitigt, wie wir es auf Grund der aus Vermont vorliegenden Nachrichten schon vor längerer Zeit ankündigten. Es ist nicht zu erwarten, daß die Landtage an diesem Ergebnis, das auf demokratischem Wege zustande gekommen ist, etwas ändern werden, so daß dem Anschluß Vermonts an Preußen verfassungsrechtlich nichts mehr im Wege steht.

Die Wiesbadener Abmachungen.

Von Kurt Heinig, Berlin.

In diesem Artikel soll die wirtschaftliche Seite des Wiesbadener Abkommens gewürdigt werden, ohne damit die außenpolitische Wirkung besonders hinsichtlich der Entscheidung über Oberkesseln in ihrem bedauerlichen Enderfolg zu verkennen. Der Artikel war auch schon geschrieben, ehe die Entscheidung des Völkerverbandes und die Stellungnahme Englands hierzu bekannt waren. Trotzdem stellt sich der Verfasser zu den Wiesbadener Abmachungen in eine durchaus objektive Kritik. D. Red.

Der Vertrag von Versailles ist, wie sich immer wieder von neuem herausstellt, nur ein Rahmen, der die Pflicht der deutschen Wiedergutmachung umspannt. Der Inhalt der Wiedergutmachungspflicht hat sich fortgesetzt gewandelt. Diese Last hat drei Seiten: Land, Gold, Ware. Dabei dürfen die nebenher laufenden Leistungen, die Lieferungsleistungen des Waffenstillstandsvertrages, das Abkommen von Spa, die Unterhaltung der Besatzungsarmeen und die Entwaffnungsaktion nicht vergessen werden.

Die falsche Politik der Vorläufigung des Erfüllungswillens, wie sie das Kabinett Fehrenbach-Simons trieb, hätte uns beinahe das Ruhrevier gekostet. Die Politik des Kabinetts Wirth verhinderte dies; wir mußten dafür 52 Milliarden mehr Wiedergutmachungspflicht auf uns nehmen. Dennoch ist es bisher erst gelungen, die wirtschaftlichen Sanktionen im wesentlichen zu beseitigen, die militärischen lasten noch auf uns.

Grundätzlich ist es ein weiterer Fortschritt, daß mit den Wiesbadener Abmachungen ein Teil der uns niederdrückenden Goldmarkverpflichtungen in Warenlieferungen umgewandelt wird. Damit werden unsere Leistungen mehr eine innerwirtschaftliche Angelegenheit, während sie bisher eine Frage der Möglichkeit, Welthandel zu treiben, waren. Wir dürfen aber nicht vergessen, daß durch den Abschluß des Wiesbadener Abkommens nur ein Teil unserer Forderungen umgewandelt worden ist. Die anderen Ententemächte, im besonderen England, bestehen neben Frankreich weiter auf Gold. England will keine Ware von uns, Frankreich braucht sie zum Wiederaufbau. Deswegen nahm sich England auch die erste von uns geleistete Goldmilliarde, Frankreich hatte das Nachsehen. Wir werden in Zukunft auf zwei Wegen wiedergutmachen müssen. Damit ist leider nicht nur eine Teilung unserer Last entstanden, wir mußten den Fortschritt durch Liebernahme wesentlicher Mehrverpflichtungen bezahlen.

Weil wir ehrlieh erfüllen wollen, haben wir das Recht, das Rathenau-Loucheur-Abkommen kritisch zu werten. Es muß ausgesprochen werden, daß es uns mehr zumutet, als bisher im besonderen die deutschen Arbeiter und Angestellten dem Land zugetraut haben. Bei einem Versagen unserer Kräfte wird das nicht als Entschuldigung, sondern als Vorwurf benutzt werden!

Wir werden also für die nächsten Jahre Frankreichs — Gläubiger! Unsere Sachwertlieferungen werden uns nur mit 35 Prozent ihres Wertes auf Konto Wiedergutmachung in Anrechnung gebracht. Fünfundsechzig Prozent von sieben Milliarden Goldmark, also über 4½ Milliarden will sich Frankreich erst nach 1928 langsam anrechnen lassen. Wer zahlt aber inzwischen diese 4½ Milliarden, die wir über unsere Verpflichtungen hinaus leisten? Das Reich muß die Geldmittel aufbringen, die notwendig sind, um die Sachwertlieferungen der deutschen Industrie zu zahlen. Wir alle müssen vermehrte Steuern leisten, sonst kann das Reich auch diese Pflicht nicht erfüllen.

Es bleibt eine offene Frage, ob Frankreich die Höchstsummen seines Anforderungsrechtes in Zukunft auch ausnutzen wird. Die Zufriedenheit, die sich in Paris über das Zustandekommen der Wiesbadener Abmachungen ausdrückt, deutet mehr auf Freude darüber hin, daß man sich von Deutschland eine Art Erstgeburtsschatz auf die Wiedergutmachung hat geben lassen. Ob es voll ausgenutzt werden kann, ob die einheimischen Produktionsinteressen das, auf die Dauer überhaupt zulassen, das ist eine andere Frage.

Es bleibt deswegen wohl so, daß wir mit dem Wiesbadener Abkommen zwar ein Stück weiter gekommen sind, die Unstimmigkeit des Diktats von Versailles ist wieder in einem Teil korrigiert, sehr offen bleibt aber doch die Frage, ob wir nun etwas aus dem Wahnsinn des wirtschaftlichen Ruins Deutschlands herausgeholt werden.

Ueber die Lasten des Wiesbadener Nebenabkommens wird im besonderen von der reaktionären Presse weiblich geredet; deswegen braucht man aber nicht anzunehmen, daß sie über deren sachlichen Inhalt irgendwelche Prüfungen angestellt hat. Hier erscheint es notwendig, rechnerisch, vielleicht in einem Reichstagsausschuß, nachzuprüfen, ob die erreichten Minderungen nur kaufmännisch-organisatorischer Art sind, oder ob sie darüber hinaus auch volkswirtschaftlich verbesserte Einsicht paragrafisiert haben.

Uns stimmt an den Wiesbadener Abmachungen eines besonders bedenklich: es ist bisher von Herrn Rathenau nirgends gesagt worden, wie die Preise, die das Deutsche Reich den Industrien zu zahlen hat, die Wiedergutmachungswerte liefern, zustande kommen sollen. Wir können und dürfen dies nicht einfach den interessierten Lieferanten überlassen. Hier müssen wir gemeinwirtschaftliche Gesichtspunkte beachten. Der Unternehmergewinn an Wiedergutmachungs-Sachleistungen muß im Allgemeininteresse niedrig gehalten werden! Es wird nicht zuletzt die Aufgabe der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter und Angestellten sein, an dieser Stelle mit positiver Arbeit einzusetzen. Das wird schon um deswillen notwendig sein, weil das Wiesbadener Abkommen ohne eine Art Bedarfswirtschaft einfach undenkbar ist.

Das Wiesbadener Abkommen ist eine Etappe auf dem vorerst nur zögernd beschrittenen Wege der praktischen Revision der Versailles-Verspflichtung. Es ist im wahren Sinne des Wortes teuer erkauft. Erträglich wird es in seinen Auswirkungen für die breite Masse nur werden, wenn mit ihrer Hilfe die über alles berechnete Maß hinausgehenden, heute üblichen Unternehmerprofite dabei unmöglich gemacht werden.

Wohnungsgeld oder Ortszuschlag?

Von Billy Steinkopf.

Bevor diese Frage beantwortet werden kann, muß folgende geklärt sein: Sind die vorgesehenen 5 Ortsklassen überhaupt notwendig, genügen nicht drei, oder wäre es nicht am besten, die Ortsklasseneinteilung überhaupt abzuschaffen? — Der Landesbeamtenbund würde mit der gänzlichen Beseitigung sehr zufrieden sein. In Bayern wird er sagen, kannte man bis zum neuen Besoldungsgehalt weder Ortsklassen noch Wohnungsgeldzuschüsse und es ging auch. Zugegeben, und doch haben die gesetzgebenden Körperschaften in Bayern, welche die Verhältnisse doch genau kennen und würdigen, jetzt auch die Ortsklassen eingeführt. Und der bayerische Landesbeamtenbund hat in einer Eingabe an den Reichstag die Grundsätze dieser Einteilung und der Gewährung des früheren Wohnungsgeldzuschusses im Reich und in Preußen als gesund anerkannt. Nur mit der Ortszulage ist er unzufrieden, und mit ihm — das kann man seit der bisherigen Entwicklung der Angelegenheit sagen — alle Beamten in den Orten, die nicht zur Ortsklasse A rechnen. Eine große Gegenpartei gegen die Ortsklasseneinteilung an sich besteht also eigentlich nicht, denn jeder Einsichtige wird zugeben, daß ein Unterschied in der Preisgestaltung der Lebenshaltung zwischen großen und kleinen Orten, Stadt und Land im allgemeinen nicht zu verkennen ist. Der beste Beweis hierfür sind die Arbeiterlöhne, die ganz erhebliche Schwankungen zwischen teuren und billigen Orten aufweisen.

Die Gründe, welche für die Beibehaltung der fünf Klassen ausschlaggebend waren, sind folgende gewesen: Zunächst hat die Eisenbahnverwaltung erklärt, daß sie mit einer geringen Anzahl Ortsklassen nicht auskommen könne. Ihr ganzes mit den Gewerkschaften vereinbartes Lohnsystem sei auf fünf Ortsklassen aufgebaut. Würden die Lohnunterschiede zwischen Großstadt, Stadt und Land noch geringer gemacht, könne sie ihre Arbeitskräfte vor Abwanderung in die Privatindustrie nicht mehr zurückhalten. Singu kam, daß der vorbildlich durchgearbeitete Buchdruckertarif im ganzen 12 Ortsklassen vorstellt, und hervorragende Sachverständige und auch die demokratische Reichstagsfraktion die Einführung einer solchen bzw. sieben Ortsklassen verlangten. Schließlich waren auch die ganzen ungeheuer umfangreichen Vorarbeiten auf eine Einteilung der Orte eingestellt worden. Ihre Umstellung auf eine Dreiteilung müßte die Erledigung der Frage außerordentlich verzögern. Und endlich hatten die Spitzenorganisationen der Einteilung ihre Zustimmung gegeben.

Wenn nun die fünf Ortsklassen auch beibehalten werden, ist es darum doch nicht erforderlich, daß in teuren Wirtschaftsgebieten alle fünf Klassen befest werden müssen. Nicht die Tatsache der fünf Ortsklassen erzeugt die Unzufriedenheit der Beamten, sondern die unrichtige Einreihung ihrer Dienorte. Wird hierin Wandel geschaffen, und verschwindet wieder die vom Gesetzgeber nie beabsichtigt gewesene Staffelung der Teuerung- und Kinderzuschläge nach Ortsklassen, dann dürfte die ganze Geschichte bis auf die eine, grundsätzliche Frage, Wohnungsgeld oder Ortszuschlag schon erheblich anders aussehen. Nur, die Beseitigung der Staffelung der Zuschläge dürfte nicht lange auf sich warten lassen: Die bevorstehende Regelung der Beamtenbezüge muß und wird sie bringen.

Und wie steht es mit der Einreihung der Orte in die fünf Klassen? Offen gestanden, eine schwierigere Aufgabe ist selten zu

finden gewesen, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil es an wirklich zuverlässigen Grundlagen über die Teuerungverhältnisse fehlt. Für alle möglichen und unmöglichen Erhebungen hatte man früher Zeit und Geld übrig, nur nicht zur Beschaffung der notwendigen und fundamentalen Unterlagen. Die jetzt vorliegenden Indizes sind — Ich will nicht sagen, daß sie ohne Wert sind. Sie mögen auch nach bestem Wissen und Gewissen aufgestellt worden sein, wenn ich auch keinen Schwur auf sie ablegen möchte. Eine wirklich zuverlässige Unterlage zur Einstufung der Orte bieten sie aber nicht. Dazu sind sie viel zu unvollständig und die Momente, welche sie ihre Entstehung verdanken, zu verschieden und eigenartig. Wollte man lediglich nach ihnen die Einweisung vornehmen, würde man zu den schlimmsten Ungerechtigkeiten kommen und auf unzählige Widerprüche stoßen. Deshalb ist hier zum erstenmal ausgesprochen, was klar auf der Hand liegt und jedem Beteiligten auch bekannt geworden ist, was offen auszusprechen, man sich getraut hat. Nämlich, daß in Ermangelung einwandfreier Unterlagen die Einstufung der Orte bei ge-wissenhaftester Berücksichtigung des vorliegenden Materials zu einem großen Teil nicht anders als gefühlsmäßig erfolgen kann. Es ist selbstverständlich, daß dies kein befriedigendes Ergebnis zutage fördern wird. Jedoch kann jemand einen anderen Weg zeigen? — Es erübrigt sich nur, daß man, weil eine andere Möglichkeit nicht gegeben ist, bei der Einstufung so tolerant ist, wie es sich irgend vertreten läßt, und lieber etwas mehr als zu wenig tut.

Mit aus diesem Grunde läßt sich auch der Ortszuschlag nicht mehr aufrechterhalten. Er hat die zu hohen Spannungen zwischen den Bezügen der Beamten in den einzelnen Ortsklassen herbeigeführt, die bei Pensionierungen ins Unerträgliche wachsen. Man hat ihn in der Nationalversammlung beschlossen, um einem alten, unter stabilen Verhältnissen gestellten Wunsch der Beamtenenschaft zu erfüllen. Es wurde dabei mit der halbigen Wiederkehr solcher Verhältnisse gerechnet, welche die Voraussetzung für die Durchführung des Ortszuschlages sind. Diese Hoffnung hat sich als trügerisch erwiesen, und man darf nun nicht zögern, den Fehler auszumerkeln. Natürlich kann dies erst nach erfolgter Einstufung der Orte und bei Gelegenheit der bevorstehenden Neuregelung des Grundgehalts geschehen, schon um die Nachzahlung des Ortszuschlages nicht zu gefährden. Man wird, wohl oder übel, wenn auch nicht zum Wohnungsgeldzuschuß, so doch zum Wohnungsgeld greifen müssen, wobei die mit einem Wohnen in der Großstadt verbundenen unvermeidlichen Ausgaben berücksichtigt werden müssen. Ein Vorteil dieser Regelung ist ferner, daß dieses Wohnungsgeld, zu dem kein Teuerungszuschlag gedacht ist, dem mit Sicherheit zu erwartenden Ansteigen der Mietpreise leichter angepaßt werden kann. Als Grundlage zur Berechnung des Wohnungsgeldes wird man, wie es bei der Bemessung des Ortszuschlages geschehen ist, Gehaltsätze — nicht etwa Besoldungsgruppen — nehmen müssen. Und zwar wird man jedem Beamten bis zu einer bestimmten Gehaltsgrenze ohne Rücksicht darauf, welcher Gruppe er angehört, den Wert einer bestimmten Normalwohnung zu vergüten haben. Das Wohnbedürfnis infolge Familienzuwachs an Kindern muß im Kinderzuschlag ausgeglichen werden. Ebenso wird etwas getan werden müssen, um jenen einen Ausgleich zu bieten, welche die horrenden Mieten in neugebauten Häusern zahlen müssen.

Wenn der Schein nicht trügt, dürfte sich unter den heutigen Verhältnissen der Gedanke des Wohnungsgeldes in dieser Form bald durchgesetzt haben, sobald auch diese Frage einer einigermaßen zufriedenstellenden Lösung entgegengeht.

Volkswirtschaft.

Wer hat Schuld an der Kartoffelnot?

Die Kartoffelpreise ziehen an, und mit der größten Besorgnis sehen die Verbraucher den strengen Frösten entgegen, die eine Vererbung der Kartoffeln verhindern. Händler, die eine Knappheit an billigen Kartoffeln verspürten, und Agrarier, die ihre Preise heraufsetzten, schoben die Schuld auf die Reichseisenbahn. Die Reichseisenbahnverwaltung hat nun zu den Vorwürfen Stellung genommen und dabei die Schuld entschieden in Abrede gestellt. Sie weist u. a. auf den niedrigen Wasserstand der Flüsse hin, der Wassertransporte unmöglich macht, und so den Güterverkehr der Eisenbahnen erheblich belastet, und auf die verkehrstechnischen Schwierigkeiten, die sich aus den Ententeforderungen ergeben, ferner aber auch auf die Zunahme des Stückgutverkehrs. Außerordentlich wichtig aber ist die Feststellung, daß im Oktober und September d. J. genau soviel Wagen für den Kartoffelverkehr gestellt worden sind als in den gleichen Monaten des Vorjahres. Man erinnere sich daran, daß im vorigen Jahre für Brotgetreide noch die Zwangswirtschaft, für Kartoffeln das Um-lagerverfahren in Geltung war. Die Vermutung scheint sich also zu bestätigen, daß die freie Wirtschaft zur Folge gehabt hat, daß die Waren auf den Bahnen spazieren gefahren werden, anstatt auf dem kürzesten oder zweckmäßigsten Wege zum Verbraucher zu gelangen. Es ist dabei zu bedenken, daß die Kartoffelernte in diesem Jahre nach der Erntestatistik erheblich geringer ist als im vorigen, gleichwohl ist die Eisenbahn mit der gleichen Zahl von Wagen nicht imstande, den Verkehr in der gleichen Weise abzuwickeln. Allerdings hat in diesem Jahre die Kartoffelernte früher begonnen, als in anderen Jahren. Schon bei Aufhebung der Zwangswirtschaft wurde darauf hingewiesen, daß die Reichseisenbahn unter den damals noch ungünstigeren Verhältnissen nicht in der Lage sein werde, den planlichen Eisenbahntransporten des freien Handels Genüge zu tun. Jetzt haben wir das Ergebnis der Rechnung: die Händler sitzen nach ihren Angaben mit wenig Kartoffeln da, und obwohl große Kartoffelmengen im Stückgutverkehr verladen werden, reichen die Wagen für die notwendigen Transporte nicht aus. Erschwerend kommt wohl hinzu, daß mit der Besserung der Konjunktur in fast allen Gewerbezweigen die Anforderungen der Industrie an das Transportwesen erheblich gewachsen sind. Bedenkt man dabei aber noch, daß gleichwohl die Gesamtproduktion noch weit von ihrem Vorkriegsstande entfernt ist, so sieht man, wie unverantwortlich der Schritt in die freie Lebensmittelwirtschaft gewesen ist. Man hat eben die Interessenten der Produktion und des Handels gehört, sich aber um die Verteilungsmöglichkeit bei beschränkter Verkehrsmitteln nicht bekümmert. Man erkennt jetzt auch, wie begründet die Haltung der Sozialdemokratie gewesen ist, als sie gegen die Aufhebung der Zwangswirtschaft stimmte.

Es ist jedem Einsichtigen ohne weiteres klar, daß eine Wiederherstellung der Zwangswirtschaft kaum möglich ist, nachdem man ihre Organe abgebaut und die Preisbildung so sehr dem freien Markt überlassen hat, wie das in der letzten Zeit der Fall gewesen ist. Der fragwürdige Segen der freien Wirtschaft ergießt sich jetzt über uns und es ist nur zu hoffen, daß die Schritte der Gewerkschaften beim Reichsernährungsminister wenigstens nach der Richtung Erfolg haben, daß allgemeine Höchstpreise für Kartoffeln der Preisstreberei ein Ziel setzen. Dringend zu wünschen aber ist es, daß die Bestrebungen der Genossenschaften nach engerer Verbindung von ländlichem Erzeuger und städtischem Verbraucher noch energischer als bisher betrieben werden. Hier hat die Landwirtschaft die Möglichkeit, einen Teil des ungeheuren Schadens wieder gut zu machen, den sie zusammen mit den übrigen bürger-

lichen Parteien durch die rückwärtslose Politik der freien Wirtschaft über die breiten Massen gebracht haben. Notwendig ist dazu allerdings auch, daß die Landwirtschaft ihren Widerstand gegen angelegene Höchstpreise fallen läßt und sich dabei nicht immer wieder auf die windigen Behauptungen der Indozemission beruft. Mit gegenseitiger Anklage ist weniger gefolgt als mit einem tatkräftigen Willen zur Abhilfe, der vor einer rückwärtslosen Verfolgung wucherischer Erzeuger und Händler nicht Halt machen darf.

Der Verfall der schweizerischen Uhrenindustrie.

In dieser weltberühmten Industrie wurde die Produktion sehr wesentlich eingeschränkt. Die Zahl der Arbeitslosen beträgt 35 000, der Export — es handelt sich hier um eine reine Exportindustrie — ist gegenüber dem Vorjahr fast um die Hälfte zurückgegangen. Für den Rückgang wird die Konkurrenz der deutschen Industrie, welche infolge der schlechten Marktlage billiger exportieren kann, verantwortlich gemacht. Das trifft wohl nur in beschränktem Maße zu, die deutschen Uhrenindustrie erzeugt nicht genug, um den normalen Bedarf der Welt zu decken. Die Verdrängung der Massen, deren verminderte Kaufkraft, gerichtet der schweizerischen Uhrenindustrie, ähnlich wie anderen, nicht dem lebenswichtigen Bedarf dienenden Industrien, zum Verderben.

Praktische Wirtschaftsstunde für Arbeiter.

Unter Beteiligung des französischen Bergarbeiterverbandes ist in Frankreich eine kleine Aktiengesellschaft gegründet worden für die Ausbeutung eines Schieferbruchs. Die Unternehmung soll lediglich dem Zwecke dienen, daß die Bergarbeiter Erfahrungen über die Betriebsleitung, die Produktionskosten usw. gewinnen, um diese für die allgemeine Bewegung zu verwerten. Sie wollen auf diese Weise erfahren, was die Produktion der Unternehmen tatsächlich kostet und was sie von diesen bei den Verhandlungen verlangen können. Die beschäftigten Arbeiter sind nicht Aktionäre, auch handelt es sich hier nicht um eine Genossenschaft.

Bausstoffpreise in Frankreich.

Das Ministerium für die zerstörten Gebiete Nordfrankreichs hält, so berichtet die „Soziale Bauwirtschaft“, für Geschädigte Bausstoffe zu folgenden Preisen, frei Bestimmungsort, zur Verfügung:

Kalk	75 und 65 Frcs.
Borklumpement	130 Frcs.
Gips	70 Frcs. pro Tonne
Ringofensteine	115 Frcs. für 1000 Stück

Nach dem heutigen Stand unserer Wälua würden diese Preise bedeuten:

Kalk	580—670 M (Preis in Deutschland etwa 270 M)
Borklumpement	rund 1100 M (" " " " 430 M)
Gips	625 M (" " " " 360 M)
Ringofensteine	1025 M (" " " " 380 M)

Inzwischen hat sich die Wälua weiter verschlechtert.

Man sieht aus dieser Gegenüberstellung, in welchem Umfange die deutsche Bausstoffindustrie Wäluagewinne zu ihren Gunsten machen kann. Die Gefahr der Bausstoffknappheit in Deutschland dürfte immer größer werden, je mehr die Frage der Reparationsleistungen auch auf dem Gebiete der Bausstoffe für uns akut wird.

Wiedermärkte.

Hamburg, 18. Oktober.

Rälbermarkt. Es wurde gezahlt für 50 Kg. Lebendgewicht: Doppelender 1400—1500 Mt., I. Qualität Rälber 1200—1350 Mt., II. Qualität 800—1150 Mt., III. Qualität 600—800 Mt. Marktzufuhr 1164 Rälber. Der Handel war bei normaler Zufuhr unverändert lebhaft. Durch die Landwirtschaftskammer wurden 60 Rälber verkauft.

Schweinemarkt. Es wurde gezahlt für 50 Kg. Lebendgewicht: Beste schwere reine, über 260 Pfund 1400—1425 M., mittelschw. Ware, 200—260 Pfund, 1350—1400 M. Gute leichte Ware unter 200 Pfund 1250—1350 M., geringere Ware 1100—1200 M., beste Sauen 1200—1250 M., geringere Sauen 1100—1200 M. Marktzufuhr 660 Schweine. Der Handel verlief trotz des starken Angebots mäßig reg. Durch die Landw.-Kammer wurden 480 Schweine verkauft.

Devisen-Kurse.

Berlin, 15. Oktober.

Amliche Devisennotierung an der Berliner Börse.		16. Okt.	15. Okt.
Amsterdam	100 fl.	6518.45	5994.10
Büssel (Antwerpen)	100 Frs.	1323.65	1323.65
Kristiania	100 Kr.	2447.55	2157.80
Kopenhagen	100 Kr.	3646.35	3386.63
Stockholm	100 Kr.	4970.60	4020.95
Helsingfors	100 Finn. Mk.	271.70	249.75
Rom	100 Lire	724.25	749.25
London	1 £	744.25	704.25
New York	1 Doll.	180.81	184.81
Paris	100 Frs.	1323.65	1348.65
Zürich	100 Frs.	—	3596.40
Madrid	100 Pesetas	—	2517.45
Wien	100 K.	9.48	9.23
Budapest	100 K.	24.97	23.47
Prag	100 K.	193.80	179.80

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Angelommen am 15. Oktober.

Dampfer	Segler	Schiffname	Kapitän	Herkunftsport	Fahrtzeit
Zug					
Angelommen am 18. Oktober					
D.		Finland	Holmberg	Nbo	3¼
D.		Syrus	Hocking	Wasa	8
E.		Nordstern	Scheller	Nastkow	8
E.		Wag Fischer	Widbrandt	Stockholm	2

Angelommen am 19. Oktober.

D.		Theresie	Güdin	Kiel	1
D.		Stralund	Kaddat	Hamburg	1½
D.		Warkus	Casperen	Hlensburg	1
D.		Winkling	Christensen	Hlensburg	1
D.		Waldm	Wulff	Kopenhagen	1
E.		Amanda	Lafon	Kalmar	15
E.		Berlin	Hübner	Hlensburg	1
E.		Fortuna	Lohnsen	Hlensburg	2
E.		Grana	Rorring	Nastkow	5

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Pressepolitik Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Partei- und Gewerkschaften August Schulz; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Werbet Mitglieder für den

Konsumverein

für Lübeck und Umgegend e. G. m. b. H.

Jede Verkaufsstelle nimmt Anmeldungen
 ★ ★ entgegen. ★ ★

7756 a

Gold, Silber, Platin,
 Alte Münzen, Double-Waren
 faust zu reellen Tagespreisen
Wili Westfaling, Uhrmacher und Juwelier,
 32 Holtenstraße 32. (7915)

Schwarz-rot-goldene
Gleifen
 und Fahnen
 aller Art liefert zu Fabrikpreisen

Buchhandlung „Lübecker Volksbote“
 Johannisstraße 46.

Kaufen Sie noch heute
 zu günstigen Preisen!!

Codenmäntel für Damen u. Herren
 M. 300.— 375.— 425.— 475.— 550.—

Schlupfer in prima Kamelhaartoben
 M. 675.— 725.— 850.—

Gummimäntel für Damen u. Herren
 in großer Auswahl.

Wollgaranturen für Kinder

Stellig 145.— Heilig 245.— Stellig 325.—

Sporthaus Paul Gassmann
 Mühlentstraße 34. (7914)

Die millionenfach bewährte
Öl-Wachs-Schuhkrem
Diamondine
 in bester Friedensqualität
 wieder erhältlich.
 Man verlange Dosen mit
 eingelestem Zettel:
 „Friedensware“
 Hersteller: Rud. Starcke, Meckl. H.

7887

Adlershorst. Jeden Donnerstag:
BALL.

„Hedwig Courths-Mahler-Theater“

2 Gastspiele

Montag, d. 24. und Dienstag, d. 25. Oktbr.
 im „Kolosseum“.

Nur erste Künstler!

(7923)

„Rote Rosen“

Schauspiel in 5 Akten nach dem Roman dramatisiert
 von Hedwig Courths-Mahler.

Vorverkauf: Musikdrg. Ernst Robert, Breite Str. 29.
 Kassenöffnung 7 1/2 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Matratzenhaus Reinecke

Beckerstraße 22. I. (7905)

Beste Bezugsquelle in la. vers. Stadtteilen. Aufleger
 ein- und zweifach in Seifen und reinem Drht.

Für den Winter

kaufen Sie (7893)

Kachelöfen — eiserne Öfen

günstig im

Ofen-Spezial-Geschäft

Adolf Borgfeldt

Inh. Hermann Kubil

Blücherstr. 3-4.

Telef. 672.

Zentralverband
 der Zimmerer.

(Bezirk Lübeck).

Außerordentliche
Mitglieder-
Versammlung

am Donnerstag, dem 20. Oktober

abends 7 1/2 Uhr

im Gewerkschaftshaus.
 Tagesordnung:
 Unsere Lohnver-

handlungen. (7924) Der Vorstand.

Deutscher
Metallarbeiter-
Verband.

Verwaltungsstelle Lübeck.

Berammlung

der
Huf- und Wagen-
schmiede

am Donnerstag, dem 20. d. Mts.

abends 7 Uhr,

im Gewerkschaftshaus.
 Tagesordnung:
 Unsere Lohnbewegung.

Das Erscheinen der Kolle-

gen ist dringend notwendig. (7925) Die Ortsverwaltung.

Täglich frische Zufuhren in
Fluß-, See-
fischen und
Räucherwaren
Prümm,
 Wahnstraße 21.

Deutscher
Transportarb.-Verb.
 Ortsverwaltung Lübeck.

Berammlung

der
Koll- und Blut-
wagentutcher

am Donnerstag, dem 20. Oktober

abends 7 1/2 Uhr,

im Gewerkschaftshaus.
 Tagesordnung:

Bericht der
Lohnkommission.

(7919) Die Ortsverwaltung.

Mieterclubverein
Lübeck. G. B.

Außerordentliche
Haupt-Versammlung
 am Freitag, dem 21. Oktober

abends 7 1/2 Uhr

in den Zentrallen,
 Danwartsgrube.
 Tagesordnung:

1. Kassenbericht vom 3.

Quartal.

2. Neuwahl des Vorstandes.

3. Vortrag des Herrn Mauer-

mann: Der Entwurf

eines einheitlichen Miet-

vertrages.

Mitgliedsbücher vorzeigen.

Aufnahmen erfolgen vor der

Berammlung.

Bezirks-Versammlung
Burgtor
 am Sonnabend, dem 22. Oktober

abends 7 1/2 Uhr

im Gesellschaftshaus Marl.
 Tagesordnung:

1. Mitteilung des Bezirks-

vorstandes.

2. Bericht vom Verbandsstag

3. Ergänzungswahl des

Vorstandes.

Nach der Berammlung

gefellige Unterhaltung.

Die Mitglieder und die

Mieter in staatlichen Woh-

nungen werden ersucht, zu

allen Berammlungen zu

erscheinen.

(7928) Der Vorstand.

Sozialdemokratischer
Berein Lübeck.
6. Distrikt.

Versammlung
 am Freitag, dem 21. Oktober

abends 7 1/2 Uhr

bei Riekhof, Geninerstraße.

Wichtige Tagesordnung.

Erscheinen Pflicht.

Der Distriktsführer.

(7908) (W. Wegener.)

Plattd.
 Volksgill
 to
 Lübeck

Donnerstag, d. 20. Oktober.

Kloc 7/8 in't "Kolosseum"

L. Koenenb., Anspraf.

Volksdanz. Theaterupför:

De Wintelbaas. Wittgliebs-

fort. Jünd vortomiefen. (7913)

Trocadero

Schüsselbuden 4

Fernsprecher 787.

Nachmittags u. abends

Erno-Schäkel-

Konzert. (7909)

Ab 1. November:

Weberus.

HANSA-
THEATER

Täglich 7 1/2 Uhr abends:

Ihre Hoheit-die Tänzerin

Voranzeige.
 Montag, den 24. Oktober:
 Einmaliges Gastspiel der
 Hamburger Kammerspiele.
Die Sacke mit Cola.

Stadttheater Lübeck.
 Mittwoch, 19. Okt. 7 1/2 Uhr.
Das Rheingold.
 loge: Dr. Winkelmann v.
 Landes-Theater Schwertn.
 10. Ab.-Vorst. Buchst. B.
 Donnerstag, 20. Okt. 7 Uhr.
Die Braut von Messina.
 10. Ab.-Vorst. Buchst. B.
 Freitag, 21. Okt. 6.30 Uhr.
Die Walfürce. (7904)
 10. Ab.-Vorst. Buchst. B.
 Sonnabend, 22. Okt. 7.30 U.
Madame Butterfly
 5. Vorst. i. Sonnab.-Ab.

Ein
 neues Buch
 für junge und alte
 Sozialdemokraten

**ES
 KLINGT
 IM STURM
 EIN ALTES
 LIED**

VON
JULIUS BRUHNS
 herausgegeben
 zum 70. Geburtstag
 Hermann Möllers

Selbsterlebte Geschichten
 aus der Sturm- und
 Drangzeit der Partei

PREIS 14.- MARK
 elegant gebunden

Zu beziehen durch die
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.
 Johannisstraße 31.

Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 19. Oktober.

Wegen Lohnunterschieden ist in der ganzen Fischindustrie von Lübeck und Schlutup die Arbeitsniederlegung erfolgt. Kein Arbeiter und keine Arbeiterin darf Beschäftigung in der Fischindustrie in Lübeck und Schlutup annehmen. Arbeiter und Arbeiterinnen übt Solidarität.

Vertrauliche Briefe.

III.

Lieber Freund und Wahlkamerad!

Wir kommen uns in unseren Gedankengängen immer näher. Ich bin ganz Ihrer Ansicht, daß von Rechts wegen dem Bürgerbund die eigentliche Führung im Wahlkampf hätte übertragen werden müssen. Aber unsere Freunde glaubten es nicht verantworten zu können, die Verehrungslehre ins Politische zu übertragen, zumal noch eine innerliche Dissonanz über die legitimen Erben des Vaterstädtischen in Schwingung ist. Über dies sind alles nur Kleinigkeiten im Verhältnis zu der großen Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie. Und da wären wir wieder bei dem uns umgebenden Schreckgespenst angelangt. Es gilt auf alle Fälle, deren Vorherrschaft in der Bürgerschaft zu brechen und da darf uns keine Arbeit zu viel und keine Behauptung zu schwer sein. Grundsätzliche Bedenken bestehen zwischen den antisozialistischen Bürgerkandidaten nicht. Wir sind uns alle einig darin, daß es ein Schauspiel für unsere Freunde im Reich wäre, wenn Lübeck den Grundlagen der demokratischen Republik einen Stoß verfehlen würde. Versehen Sie wohl, auch nach dieser Hinsicht haben die Bürgerkandidaten ihre Bedeutung. Mit dieser Rücksicht können Sie frohgemut in den Wahlkampf ziehen und Sie brauchen nicht zu befürchten, deshalb bei den Demokraten anzustoßen. Wie Sie wissen, gibt es von den letzteren recht verschiedene Sorten, und die Lübsche ist ungefährlich. Den Beweis sehen Sie ja in der Einheitsfront.

Es kommt bei der mündlichen Agitation nur auf das Tatgefühl an, und bei etwas Schlaubeit erfahren Sie gleich, wenn Sie vor sich haben. Gewisse Bedenken bleiben allerdings bestehen, wenn die Eitelkeit des Ehemenschen nicht ganz ignoriert werden soll. Am besten wäre es, wenn man vor dem Betreten eines Hauses an den Westentropfen abzählen könnte, welche parteilose Leuchttugel im speziellen Falle am schönsten funktelt. Doch brauchen wir uns dieses Zweifels wegen nicht völlig dem Fatalismus zu ergeben. Wir haben durchschlagendes Material genügend. Um Sie nicht in Verlegenheit zu bringen, gebe ich Ihnen einige programmatische Richtlinien unserer vereinigten Freunde. Sie werden darin die folgerichtige Entwicklung zur parteilosen Einheitsfront erkennen und zugleich die politische Charakterfestigkeit unserer, wenn man so sagen darf, Schachbrettfiguren ermessen können. Im November v. J. beschloß die

Demokratische Partei in Lübeck: „Die Demokratische Partei betont, daß Politik die höchste sittliche Pflicht ist, da sie von der Politik die Stärkung des Verantwortlichkeitsbewusstseins für das Gemeinwesen ohne Rücksicht auf materielle Interessen erwartet. Die Deutsche demokratische Partei ist daher bestrebt, den politischen Gedanken im öffentlichen Leben zu pflegen, da durch ihn allein die materielle Einstellung auf den Staat ausgeglichen oder doch gemildert werden kann. Von einem Bürgerbund kann sie die Erfüllung dieser wichtigsten Aufgabe nicht erwarten.“

Die Deutsche Volkspartei erklärte ungefähr zur selben Zeit:

„Die Deutsche Volkspartei, überzeugt davon, daß auch die kommunalen Interessen in Lübeck nicht besser als durch die politischen Parteien gewahrt werden können, lehnt den Lübecker

Bürgerbund ab. Der Lübecker Bürgerbund scheint ihr nicht geeignet, das Bürgertum Lübeds zu praktischer Arbeit zu einigen.“

Die Deutschnationale Volkspartei hatte außerhalb der Arena keine bindenden Beschlüsse gefaßt, da sie von vornherein auf das Zusammengehen mit den Freunden links von ihr eingestellt war. Wir können aber ohne weiteres als feststehend folgenden Grundfahnen annehmen:

„Für den echt nationalen Mann tut es die Gestinnung allein nicht, er muß auch dabei auf seine Kosten kommen. Wirklicher Patriot ist, wer in allen Lebenslagen an sich selber denkt, denn dann fördert er das wichtigste Glied der Gesamtheit: sich!“

Schmieden Sie einmal diese Glieder zusammen, dann wird die Kette wohl als Edelguß auf den Wahlmarkt gebracht werden können.

Handschlag mit Dolchstoß!

Lübeck, 18. 10. 21.

Ihr N. N.

Öffentl. Wähler- Versammlung

Donnerstag, d. 20. Oktober
abends 7 1/2 Uhr
im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:

Die Bedeutung der Bürgerkandidat- wahl für die schaffenden Stände.

Redner: Bürgerkandidatmitglieder

A. Dreger und A. Haut.

Freie Aussprache.

Zahlreiches Erscheinen der Wählerinnen und Wähler wird erwartet.

Sozialdemokratische Partei

Der Kartoffelwucher

übersteigt jedes Maß. Die niederträchtige Sucht nach Gewinn kennt keine Rücksicht auf die Volksnot. Nicht einmal geschlossene Verträge, die kürzlich der Minister für Ernährungswirtschaft,

Hermes, wieder empfahl, werden eingehalten. So ist uns z. B. bekannt, daß schon im Sommer eine heftige Verwallung, die einen großen Beamten- und Angestelltenkörper zählt, mit einem Gutsbesitzer in allerhöchster Nähe einen Lieferungsvertrag abschloß, der heute nur zum Teil erfüllt wird. Der Grund dieses Vertragsbruches liegt in nichts anderem als in dem fortwährenden Steigen der Preise. Dem Gutsbesitzer war ein Preis von 55 Mk. per Zentner sichergestellt, mit dem sich gewiß der Kartoffelbau lohnt. Da traten aber die gewissenlosen Händler auf den Plan und boten dem Manne bis zu 70 Mk., und nun wurden die Kartoffeln auf einmal knapp. Ueber diesen schädigen Vertragsbruch braucht man sich aber nicht zu wundern, denn die Erzeuger können sich alles erlauben, weil kein Mensch da ist, der ihnen die Zähne weißt. Dies ist aber um so notwendiger, weil die Verkäufer ganz gewaltig geschädigt sind. Sie haben sich auf den Vertragsbruch verlassen und andere Einkäufe nicht getätigt. Jetzt müssen sie die Kartoffeln um so teurer bezahlen. Laut Gesetz ist der Vertragskontrakt aber für volle Lieferung verpflichtet und er hat den Schaden, den der einzelne Besteller erleidet, zu tragen. Wir können den Angestellten nur raten, durch ihre Behörde den Schaden einzufordern.

Wohin man auch schaut, überall ertönen die gleichen Klagen über den schamlosen Wucher. Wir werden bald 100 und 150 Mk. für den Zentner bezahlen müssen. Aus Schleswig-Holstein, das selbst Zufuhren aus Mecklenburg und Pommern bedarf, gehen täglich ungezählte Waggons mit Kartoffeln aus der Provinz hinaus. Die Händler überbieten sich förmlich auf dem Lande und darum ist es kein Wunder, wenn der Erzeuger, der in dieser Beziehung leicht Lehren annimmt, immer höhere Preise fordert, wozu er doch, daß er jeden geforderten Preis erhält.

Es ist natürlich nur Spiegelfechterei, wenn der Landwirt sagt, die Preise müßten ihm aufgezwungen. Schrieb doch die Zeitung „Brandenburger Landbote“ selbst, „der Landwirt ist außerstande, die Preise zu senken. Sie müssen sich den Weltmarktpreisen anpassen. Gibt der Landwirt billig ab, so hat der Großhandel höheren Verdienst.“ Von einer Ausrede lebt der andere. Landräte erlassen bewegliche Schreiben, in denen sie die Bauern an ihre Verpflichtungen über billige Kartoffellieferungen erinnern, die natürlich nicht eingehalten werden. So klagt der Landrat des westfälischen Kreises Tecklenburg, daß trotz langer und hartnäckiger Bemühungen, den weniger bemittelten Schichten der Bevölkerung Kartoffeln zu dem Angemessenheitspreise von 45 Mark (!) je Zentner zuzuführen, der Erfolg bisher ein so geringer sei, daß er das Ergebnis nicht bekannt zu geben wage. Und dabei sei doch 45 Mk. ein so anständiger Preis, daß die Landwirte dabei keine Opfer brähten. Der Landrat des Kreises Meine klagt darüber, daß an dem versprochenen Ablieferungsloß verbilligter Kartoffeln (3 1/2 Zentner per Morgen zu 25 resp. 40 Mk.) noch 16 000 Zentner fehlen. Dafür wurden über 31 000 Zentner aus dem Kreise ausgeführt. Keine einzige Gemeinde hat ihre Pflicht erfüllt. Das sind die Agrarier, wie sie im Buche stehen und die Deutschland wieder ertreten wollen.

Der Segen der aufgehobenen Kartoffelzwangswirtschaft offenbart sich hier vampgrast. Die freie Wirtschaft ist in den haarsträubendsten Wucher ausgeartet. Der Ernährungsminister verschränkt die Arme und bekundet seine Machtlosigkeit. Wer greift den Volksausfugern denn einmal an die Nieren? Den Volksausfugern, deren Gefinnungsverwandte die Deutschnationalen und Volksparteier sind. Und mit einer solchen Gesellschaft gehen Demokraten bei den Wahlen zusammen.

Bürgerkandidatwählerinnen und Wähler, merkt euch das am Wahltag!

Welche Ausichten uns bei dem ungestörten Wucher auf dem Kartoffelmarkt noch blühen, ergibt sich aus einer Aufforderung der Hamburger Konsumentenkammer. Dort wird dringend empfohlen, den Bedarf an Kartoffeln unter Ausnutzung der noch günstigen Witterung sobald wie möglich einzurehmen. Die Preisentwicklung weise eine steigende Tendenz auf. Unter der starken Konkurrenz der Aufkäufer stehe ein Heruntergehen der Preise nicht zu erwarten. Die Einfuhr von ausländischen Kartoffeln sei bei dem gegenwärtigen Stand unserer Währung nur zu erheblichen höheren Preisen möglich. — Erst werden also die einheimischen Kartoffeln nach dem Auslande verschoben und nachher können wir mangelndes Geldes wegen die wichtigsten Nahrungsmittel nicht mehr kaufen. Das haben wir alles den „Wieder-aufbauern“ zu verdanken.

Jungfer Winchen und die Junggesellen.

Roman von Alice Berend.

25. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Viola war rasselos. Er sah aus, als hätte der Schreck den alten Herrn getötet. Lotendleisch lehnte er am Lindensbaum.

Winchens Schrei war es gewesen, der Saphir aus seinem Gespräch über seinen Kopf und dessen äußere Mängel gerissen.

Er war hinaus geeilt. Daß sein Bruder leidend schien, bemerkte er nicht. Er sah nur, daß das Fräulein unversehrt geblieben. Er hatte gefürchtet, daß ihr ein Unglück zugefallen. Das Fräulein wollte sprechen. Aber da stand Anton hoch aufgerichtet zwischen ihr und Saphir.

Er sagte, daß das gnädige Fräulein etwas schnell ihren Aufenthaltsort hoch oben im Lindenzweig verlassen habe, daß aber keinerlei Unglück geschehen.

Fräulein Viola bat Herrn Anton um Entschuldigung für ihre unüberlegte Handlung. Sein Meinsein wäre ihr plötzlich so unartig erschienen.

Anton erwiderte, daß er das gnädige Fräulein nicht mißverstehen zu haben glaube. Er werde sich erlauben, auf diese Angelegenheit noch einmal zurückzukommen.

Damit verabschiedeten sich die Brüder für heute vom Nachbarhaus. . .

XIX.

Wo die eigenen Kenntnisse nicht ausreichen, muß man versuchen, die Erfahrungen anderer zu nutzen. War es ein Schulmeister, von dem man zulernen konnte, war dies gewiß kein Fehler.

Herr Anton Mögele sah den Nachmittagsbesuch des fröhlichen Schulmeisters jetzt als Unterrichtsstunde an. Er fand sich durchaus nicht zu alt, um nicht noch neues zu lernen oder altes besser verstehen zu können. Er fühlte sich noch vollkommen frisch dazu. Ja, es dünkte ihn, als schritten Gedanken und Körper in diesem Jahre den Gang der Jugendtage. Er fühlte wieder den Wunsch, jeden Tag genossen zu können, keine Freude sich entgegen zu lassen. Sein angeborener Ernst war ihm wiederum hinderlich und die mit den Jahren dazu gekommene Würde bemerkte er als neues Hindernis. Er wünschte Heiterkeit ohne Befürmnis, um irgend etwas zu erleben. Daß er diese Jahre ohne dieses Wissen hatte verstreichen lassen, bedauerte er nicht. Verzeihen Sie, daß ich selbst im Stich lassen. Er sah noch genug Gutes vor sich. Er nahm an, daß Einkamkeit und Arbeit ihm den Weg hatte bahnen müssen zu den Annehmlichkeiten, die er nun vor sich sah.

An Saphir dachte er jetzt wenig. Sollte ihn dies beunruhigen, sagte er sich, daß sein Vorhaben auch dem Bruder nur zum Guten gereichen werde. Er würde diesem kaum unangenehm sein können, wenn künftighin ein heiliges, mustalisches Wesen, in naher Verwandtschaft zu ihm stehend, an seinem Klavierspiel Anteil nehmen würde.

Stets ordnungsgemäß vorhanden, gab er Saphir einstweilen reichliche Gelegenheit mit der künftigen Verwandten vertraut zu werden. Er ließ ihn die Spaziergänge allein mit Fräulein Viola unternehmen, während er selbst sich den Studien beim Schulmeister widmete.

Der Schulmeister und sein Bärbele bedauerten, daß ein so tüchtiger Mann wie Herr Anton so unerfahren geblieben in Herzenssachen. Jeden Tag allein spazieren zu gehen mit einem Geschöpf voller Holdseligkeit, Schelmerei, Nachdenklichkeit und Anmut war gefährlich. Sogar für jemanden, der nicht so schwärmerisch veranlagt wäre, wie es Herr Saphir war. Eine unglückliche Liebe aber und obendrein im Frühling, das wünschten der Schulmeister und sein Bärbele nicht ihrem größten Feind. Ganz abgesehen davon, daß sie gar keine Feinde besaßen.

Des Schulmeisters Optimismus allerdings hielt es nicht für urmöglich, daß das liebliche Fräulein dem Herrn Saphir ihre Sympathie zuwenden könnte. Schließlich war er kaum vierzig. Er war ein wenig rundlich, aber sein Gemüt war Goldes wert. Außerdem, machte nicht Liebe besonders erfindertisch? Vielleicht würde es ihm gelingen, die ewige Uhr fertig zu bekommen? Seiner Liebsten zu Ehren wirklich in die Reihe jener Männer zu gelangen, denen man Denkmäler setzte.

Bärbele schüttelte den Kopf. Sie war fest überzeugt davon, daß auch in heutiger Zeit kein schönes Mädchen, obendrein im Mai, einen Kahlkopf im Herzen tragen könne. Sie glaubte, daß nichts Inhalt wäre, eine Schöne dazu zu verlocken. Selbst nicht die Möglichkeit, einmal die Witwe eines Denkmals zu werden.

Der Alte lächelte. Er hörte aus diesen Worten ein Kompliment für sich selbst heraus. Sein dichter Haarbüschel war zwar schon etwas geworden. Aber wenn man in der Dämmerung oder ohne Brille darin rannte, war er noch genau so dicht und lebendig wie vor vierzig Jahren. Das hatte ihm Bärbele mehr als einmal versichert.

Sich ein wenig Bewunderung zu erschleichen, tut gut. Man bekommt gern noch ein wenig mehr davon, wenn es sich einrichten läßt. Darum brachte der Schulmeister jetzt das Gespräch von Herrn Saphir auf Herrn Anton. Er bedauerte ihn, weil man dieser auch bei den verwegentesten Gedankenirrtümern nicht mit einem weiblichen Wesen in Verbindung zu bringen vermochte.

Es dauerte ihn, daß Herr Anton zettelndes nichtachtend seinen holden Ketzen gegenüber gewesen, die doch immerhin einen

wesentlichen Teil ausmachen in des Lieben, weisen Herrgotts Schöpfung.

Bärbele beehrte ihn eines besseren. Dieser Mangel an Bebesgefühl wäre Herrn Anton's Glück. Denn so viel Lebenskenntnis traute sich Bärbele zu, um bestimmt behaupten zu können, daß die Illusionen eines weiblichen Wesens noch im höchsten Alter andere wären, als sich solches Drahthgestell zum täglichen Gefährt zu wünschen. Und wenn er nicht nur seine berühmten Uhren, sondern die Sonne selbst auseinandernehmen und wieder zusammensetzen könnte.

Damit war ein zweites Lob erschlichen. Denn das es jemanden gab, der eines weiblichen Wesens Illusionen in nichts ertauscht hatte, gehörte auch zu dem reichhaltigen Wissensschatz des alten Schulmeisters.

So kam's, daß man sich ungeheuer wohl fühlte bei solchem Schmaß, den man während der Vespermahlzeit hielt. Vor dem großen, goldverkleideten Tische, aus denen das Kaffeearoma, vermischt mit guter Sahne, krieg. Wo Butter, Honig und knusperiges Gebäck sonnengelb glänzten, gleichviel, wie sich draußen das Wetter betrug. Windstübchen war alles. Nur die bunten Blumen im Gewebe der Kaffeedecke waren ein wenig verdüster. Und neben der Mitte sah ein kleines Bierglas glatten Leinens dazwischen, gleich einem Gradmal auf häßlicher Weise. Rindlicher Mutwilligkeit hatte dort einmal ein brennendes Zündholz fallen lassen, so daß ein Loch in den Blumenflor gebrannt wurde. Gütlichen die Augen des alten Paars über die Unschönheiten der geblühten Glätte, so sahen sie dort eine glühende tragende Rindherhand, klein, kräftig und rund, sonnengebräunt und mit einem glänzend blonden Härdchen. Daher kam es, daß der Schulmeister mitten in eins seiner heiteren Gespräche den Seufzer ausstießen konnte, daß überall dafür gesorgt sei, daß die Bäume nicht in den Himmel wüchsen. Mancher wunderte sich darüber. Bärbele verstand ihn auch hierin.

Sie wußte auch, kaum ein halbes Pfeifchen weiter bekam sie die Mahnung, daß man, weil der Himmel zu hoch, noch nicht zu untergehenden brauche, was uns hier auf der Erde geboten. Zumal jetzt im Frühling, wo der große Meister wieder aus dem Nichts heraus einen hellgrünen Schleier über alles breitete, was das Auge umfaßte. Genau zugefassen, schien doch mehr Freude auf Erden vorhanden als Ungemach. Denn wie könnte man alles Leid übel nehmen und gegen den Strich, wenn's der gewohnte Zustand war? Kommt auch überall unverhofft Gutes.

Der nächste Augenblick brachte ihm und Bärbele erneuten Beweis dafür. In bunten Zoppen standen plötzlich drei kleine Besucher in der Stube. Die Augen auf den großen Engelstisch gerichtet, sah Bärbele jeden Sonntagabend. In einem Formel, das auch bei hohen Ansprüchen bis wieder zum nächsten Wochenende reichte. Doch heute war es Sonntag.

(Fortsetzung folgt.)

Maulwurfsarbeit der Reaktion.

Ein ehrbares Gewerbe betreiben die deutschmonarchistischen „Lübbschen Anzeigen“. Sie verwenden ihre ganze Druckerwerkzeuge dazu, die Tatsachen auf den Kopf zu stellen und der Wahrheit Gewalt anzutun. Alles zu dem löblichen Zweck, die Bahn für die gefühllosen Junker, entlassenen Offiziere und ehemaligen Kronenträger wieder freizumachen. Das Blut steigt den Adlen zu Kopfe, wenn sie an die schöne alte Zeit denken, wo sie von Vorrechts Gnaden das Volk beherrschten und regierten und nun zusehen müssen, daß aus ihrem Obrigkeitstaat ein Volksstaat gemacht werden soll. Die Amtsblattleute sind einmal von dem Wahne nicht zu heilen, daß die Welt nicht stille steht, auch wenn Junker und Militaristen auf den Tisch schlagen. Am meisten wurmt es sie, wenn Leute aus dem Volke mit Lebenserfahrung in leitende Gemeinde- und Staatsstellen aufrücken. In den bornierten Sinn der alten Gewaltantreiber geht es einmal nicht hinein, daß es so viele Talente im Volksleben gibt, die zum Staatsnutzen tausendmal besser wirken können, als so viele „rechtmäßige“ Amwürter aus den Geldsakreien. Wenn sich heute das löbliche Amtsblatt darüber ereifert, daß seit dem Wiedereintritt der Sozialdemokraten 92 Mehrheitssozialisten in Reichsstellen berufen wurden, so können wir den Schmerz verstehen, aber nicht lindern.

Es handelt sich jedenfalls um Männer, die mit Lust und Ernst an die Arbeit gehen und die notwendig sind, um der reaktionären Gesellschaft im Beamtenkörper zu zeigen, daß Deutschland eine Republik ist. Früher blieben die Landratsposten usw. hauptsächlich notorischen Faulenzern und adgetakteten Offizieren vorbehalten, die glaubten, mit dem Amt auch den Besoldung mitzubringen. In Wirklichkeit handelte es sich nur darum, Futtertruppen für diese defekante Gesellschaft zu bereiten.

Die ordinäre, volksverachtende Gesinnung des Amtsblattes springt dadurch in die Augen, daß es glaubt, sich durch die Berufsanführung: Bäckergehilfe, Verkäufer in „Gewerkschaftsbetrieben“ usw. eine besondere Herabwürdigung der Personen leisten zu müssen. Dabei mag die Redaktion der Lüb. Anz. der Berliner Meldung noch folgenden Zusatz anzuhängen: „Den soll man mehr bedauern, den Staat oder seine „lühlichen“ Mitarbeiter, die sich doch schließlich den Magen am ungewohnten Futter verderben werden?“

Die Anführung dieser hundsstößigen Unterstellung kennzeichnet die „geistige“ Ueberhebung der traurigen Schreibervelle. Ein Blick ins wirkliche Leben müßte ihr sagen, daß sie sich hier eine Unterstellung leistet, die an ihrer eigenen Schäßigkeit verendet.

Aber alles hat seinen Zweck. Mit derartigen Niederträchtigkeiten will man zugleich auch die im Lübbschen Staat in der Regierung sitzenden Sozialdemokraten herabwürdigen. Der Mann weiß ganz bestimmt, daß z. B. unsere sozialdemokratischen Senatoren ebenfalls aus dem Arbeiterstand hervorgegangen sind und daß sie trotzdem in jeder Weise ihre Befähigung für ihr Amt erbracht haben. Nur getraut sich der Herr nicht, die vor Augen liegende Schlußfolgerung zu ziehen, denn er würde durch die Tatsachen lägen gestraft. In blinder Wut greift man deshalb weiter aus.

Mit welchen Mitteln die „Lüb. Anz.“ arbeiten, ergibt sich auch aus einem ihrer Leitartikel, wo behauptet wird, daß die Revolution die hochblühende deutsche Industrie vernichtet habe. Es hieße dem alldeutschen Blatt zuviel Ehre antun, auf diese Verleumdung der arbeitssamen deutschen Arbeiterschaft näher einzugehen. Wäre die übergroße Mehrheit

der deutschen Arbeiterschaft nicht so besonnen, und hätte die Wogen der Revolution nicht zum Wohle des ganzen Volkes geglättet, dann allerdings wäre die deutsche Industrie nicht mehr, und auch die Schreibervellen eines Amtsblattes könnten nicht mit derartigen Schwindelereien um sich werfen. Auch den Lüb. Anz. ist es bekannt, daß sich die deutsche Industrie trotz Revolution und zum Schaden der verleumdeten Arbeiterschaft wie des ganzen Volkes die Taschen gefüllt hat und daß sie sehr gut dasteht. Diese Behauptung des Amtsblattes ist derjenigen vom Dolchstoß gleichzustellen. Sie ist ebenso erlogen.

Die Wählerinnen und Wähler wissen ja, wo hinaus die Deutschmonarchisten wollen. Sie wollen den alten Klassenstaat mit seinen Klassenvorrechten der Besizhenden und Säbelträger wieder einführen, das Volk knebeln und ihm den Mund verbinden. Sie hegen die schwärzesten Absichten gegen die Volksgemeinschaft. Und mit einer solchen reaktionären Gesellschaft gehen die Demokraten Atem in Atem. Macht die Augen auf und gebt den Dunkelmännern am 18. November die Quittung.

Schöffengericht.

Ein schwerer Junge ist der u. a. mit Zuchthaus vorbestrafter Maschinenbauer T., der sich am Dienstag wegen zweier Einbruchdiebstähle zu verantworten hatte. Zunächst hat er bei der Einkaufsgenossenschaft der Birte durch Einbruch einen Diebstahl verübt, bei dem ihm Spirituosen, Zigaretten, Zigaretten und etwas Geld in die Hände fiel. Später erbrach er einen Schaufenster bei dem Kaufmann W. und stahl daraus Wäsche, Strümpfe, Hosenträger usw. Der Angeklagte, der nach der Entdeckung der Diebstähle flüchtig wurde und in Hensburg später ergriffen werden konnte, will die in seiner Wohnung bei einer Hausreinigung gefundenen Waren von einem Rutscher gekauft haben. Die Bestohlenen erkennen aber die ihnen entwendeten Gegenstände als ihr Eigentum wieder. Das Gericht erkannte wegen eines schweren und eines einfachen Diebstahls auf 2 Jahre und 2 Monate Zuchthaus. — Ein ungeheurer Arbeitskollege. Der Arbeiter K. stahl auf dem Herderwerk einem Mitarbeiter durch Aufbrechen einer Kiste einen blauen Anzug, in dem eine Pfeife und Tabak steckte. Als der Bestohlene den Angeklagten später auf der Straße begegnete, entdeckte er, daß dieser seinen Anzug trug und brachte nun die Sache zur Anzeige. K., der geständig ist, erhielt eine Gefängnisstrafe von 3 Monaten. Das Gericht sprach aber mit einer Bewährungsfrist von 3 Jahren die beständige Begnadigung aus. — Wegen Verleumdung eines Polizeiwachmeisters erhielt der Gastwirt A. 50 Mk. Geldstrafe. Er hatte eines Abends auf der Puppenbrücke mit einem Beamten der Sicherheitspolizei eine erregte Auseinandersetzung, weil dieser eine Dame, die ohne Kadefestsetzung fuhr, angehalten hatte, wobei die Madam zu Fall kam. Der Angeklagte soll nun die Worte „Verbrecher-Kompanie“ gebraucht haben, wodurch sich der Beamte beleidigt fühlte. — Ein Schwemdieb. Der Händler B. wird beschuldigt, Ende Dezember v. J. dem Gärtner S. ein Schwein aus dem Stall gestohlen und an einen Gastwirt in Genin verkauft zu haben. B. will das Tier aber nicht gestohlen, sondern in Kesselfeld gekauft haben. Das Gericht hielt den Angeklagten, der gegenwärtig wegen eines gleichen Diebstahls eine Gefängnisstrafe verbüßt, nach eingehender Beweisaufnahme nicht des Diebstahls, sondern der Hehlerei für überführt und erkannte einschließend der gegen B. bereits verhängten Strafe von 1 Jahr 3 Monaten auf 1 Jahr 6 Monate Gefängnis. — Die Ziehflecke am 22. März erleichterte der vorbestrafte Schiffschok P. einem hiesigen Kaufmann, mit dem er zusammen geschickt und dann nach Hause begleitet hatte. Das Urteil lautete auf 3 Monate Gefängnis. — Eine Schwindlerin ist die Stille H., die unter der Angabe, sie sei vermählt, einem Postkaffner 750 Mk. abknöpfte. Bei einer Verwandten, wo die Angeklagte ewige Tage zu Besuch war, soll sie einen Trauring gestohlen haben. Das Gericht erkannte wegen Betruges und Unterschlagung auf 2 Monate Gefängnis. — Wegen Diebstahls einer Rulle auf dem Dampfer „Hegoland“ erhielt der vorbestrafte Arbeiter E. 3 Wochen Gefängnis.

Tenerungszuschüsse für Schwerkrriegsbeschädigte. (Berichtigung.) An dieser Stelle wurde am 16. Oktober 1921 mitgeteilt, daß Schwerkrriegsbeschädigte mit 70 und 80 Prozent Rente außer den 30 Mk. monatlich einen besonderen Zuschuß von 20 Mk., Schwerbeschädigte mit 90 und 100 Prozent Rente einen solchen von 45 Mk., erhalten würden. Dieser besondere Zuschuß von 20 und 45 Mk. wird aber nicht an alle Schwerbeschädigten mit 70 und mehr Prozent Rente gezahlt, sondern nur an solche, die nicht im Erwerb leben. Für im Erwerb lebende stehen nicht auch der Schwerkrriegsbeschädigte, der Erwerbslosenunterstützung oder Krankengeld in Höhe der Erwerbslosenunterstützung erhält. Die Geschäftszimmer der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge sind an den Nachmittagen, an denen die Auszahlung der Zuschüsse stattfindet, für andere Zwecke geschlossen.

Zuschüsse zur Durchführung der produktiven Arbeitsfürsorge. Durch Rat- und Bürgerhaushalt vom 19. April 1921 sind dem Arbeitsamt zur Durchführung der produktiven Arbeitsfürsorge zunächst für die Zeit bis zum 30. September 1921 wöchentlich 10 000 Mark, mithin insgesamt 250 000 Mark, zur Verfügung gestellt worden. Mit Bericht vom 23. September 1921 hat der Staatskommissar für wirtschaftliche Demobilisierung beantragt, dem Arbeitsamt zur weiteren Durchführung der produktiven Arbeitsfürsorge für die Zeit vom 1. Oktober 1921 bis zum 31. März 1922 wöchentlich 15 000 Mark, mithin insgesamt rund 390 000 Mark, zur Verfügung zu stellen. Der Senat ist bereit, dem Antrage zu entsprechen und stellt einen dementsprechenden Antrag zur Genehmigung der Bürgererschaft.

Vermittlung von Arbeitskräften. Aus dem Arbeitsamt wird uns geschrieben: In letzter Zeit ist es wiederholt vorgekommen, daß die Arbeitgeber unter Umgehung des hiesigen Arbeitsnachweises Arbeitskräfte eingestellt haben. Namentlich soll dies an den Sonntagen im Gastmirtsgewerbe vorgekommen sein. Es wird deshalb erneut auf die Verordnung des hiesigen Demobilisierungskommissars vom 10. März 1919 hingewiesen, wonach alle offenen Stellen an Arbeitskräften jeglicher Art dem hiesigen Arbeitsnachweis zu melden sind. Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung werden hinfors stets der Staatsanwaltschaft zur Anzeige gebracht werden.

pb. Beim Stehlen erwischt. Festgenommen wurde ein in der Gevedestraße wohnhafter Seiler und ein in der Schwarzaue Allee wohnhafter Güterbodenarbeiter wegen Diebstahls. Ersterer war in den Lagerraum eines an der Untertrave befindlichen Seilergeschäfts, wo er als Reisender angestellt gewesen war, eingestiegen und hatte aus dem Lager für etwa 900 Mk. Seilerwaren gestohlen. Sein Komplize hatte ihm bei dem Diebstahl Beihilfe geleistet. Als beide sich mit diesem Raube erforsern wollten, wurden sie festgenommen und ihnen das Diebesgut abgenommen.

pb. Ein Fahrrad wurde aus dem unverschlossenen Aufbewahrungraum des Lehrerseminars gestohlen. Es ist Marie Brennador und trägt die Fabriknummer 838845.

Hinweis auf Versammlungen, Theater usw.

Achtung, Jungsozialisten! Morgen, Donnerstag, abends 7/8 Uhr „Zur alten Post“ Diskussionsabend. Zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Arbeitsausschuß.

Stadttheater. Am Donnerstag wird die Braut von Messina wiederholt. Die Beatrice spielt Kitty Stengel. Die „Fiabella“ Helene Geigel-Fernau. — Am Freitag Wiederholung von „Waltüre“. Die Bräuhilde singt Fräulein Anna-Lisa Matzson. Die „Madame Butterfly“ singt am Sonnabend Fräulein Friedhoff.

Hansa-Theater. Obwohl die erfolgreiche Operette „Ihre Hoheit — die Tänzerin“ den Spielplan noch lange beherrschen wird, bringt die Direktion zum Sonnabend, dem 22. Oktober abermals eine neue Operette heraus betitelt „Der Vetter aus Dingsda“ von dem bekannten Komponisten Eduard Hummel, die bereits an der meisten Operettenbühnen und auf den ersten Stadttheatern mit dem größten Erfolge aufgeführt wurde. Ferner ist es der Direktion gelungen, die „Hamburger Kammerspiele“ zu einem einmaligen Gastspiele zu gewinnen, das am kommenden Montag, dem 24. Oktober stattfindet. Gegeben wird der Berliner Schwan „Die Sache mit Lola“.

Klas Störtebeker und sein Schatz.

Von Dr. Johannes Kleinpaul.

In der Nähe des Ortes Jahnstedt im Kreise Neuhans an der Döse wurde vor einiger Zeit in geringer Tiefe eine große vermoderte, doch eisenbeschlagene Kiste ausgegraben, die nahezu zwei Raummeter altertümliches Gold- und Silbergerät — hauptsächlich Schüsseln, Kannen, große Ringe und Messer, doch keine Münzen — im jetzigen Metallwert von rund 20 Millionen Mark umfaßt. Gleich tauchte die Vermutung auf, daß damit endlich der große Störtebeker-Schatz gefunden sei, den man an vielen Orten, z. B. in den Borkumer Woldedünen, von denen manche Sage geht, jahrhundertlang vergeblich suchte, und weitere, inzwischen angelegte Forschungen haben, wie es scheint, diese Annahme bestätigt. Der Fundort liegt etwa 3 Kilometer vom Laufe der Döse entfernt; etwa eine Meile von ihm wurde früher schon in der Nähe ein verlassenes Schiff aus der Störtebeker-Zeit ans Tageslicht gebracht. Gleichfalls nicht weit von dort liegt ein Gut Dösenhagen, das alter Ueberlieferung zufolge vereint Störtebeker gehörte. Soviel von dem wichtiger Funde, über den noch eingehendere Mitteilungen abzuwarten sein wird. Doch wer war Störtebeker selbst? Ein Held der Sage, von dem unsere Vorfahren an der Küste und weit im Lande viele Niederungen:

Störtebeker un Gude Michael,
De beiden roasten lide Deel
Te Water un noch in leerne,
Dat des et Gott in'a Semel verbeert,
Do warben de heeb' te Seanne.

Aber nicht nur das. Ein würdiger Held der „guten alten Zeit“, ein Seeräuber eigener, im Sinne seiner Zeitgenossen „beter“ Art. Unser ganzes Küstenland von der Ems bis zur Elbe, und darüber hinaus bis weit in die Döse war seines Ruhmens und seines Schreckens voll. Er wurde auf der Halbinsel Jasmund (Rügen) geboren und soll ursprünglich Heinrich von Haller gewesen haben, aber als Seeräuber nannte er sich nach dem Kapitän Niklaus, dem Schürmherrn der Schiffer, dem Gebieter über Wind und Wogen, Klas und den Beinamen Störtebeker gab er ihm keine Gefährten wegen seiner Stärke im Kranten, weil er „keinen Tropfen“ in seinem ellenlangen Becher ließ, den er immer auf einen Zug leerte und dann umstürzte, worauf die „unangefürzten Becher“ in keinem Wappen deuteten, der von seinen Gefangenen ihm dieses Anzeichen nachmachte, wenn er dadurch die Freiheit. Aber nur Einem gelang es. Auf dem Becher stand darüber zu lesen:

Ich Jouder Sittings von Grounaga,
Draut dees Henje in een Hensla
Door ween Kraga in ween Kraga.

Störtebeker's Hauptdiebstahls-Göbede Michael nannte aus Danellen bei Verden, und beide bejagen dort zwei große Fische auf Halszählen und bei Bulla. Auf diese Bejagunge sollen jedes (angesehene) freilich wieder zerfressene. In Verden, Don, mit deren Schiffsung in jeder Tod-

fünden ablösen wollten, und eine heute noch an jedem Mätarsontage in Verden an die Domgestiftlichkeit kam den Kirchen- und Magistratsbeamten verteilte Spende zurückgehen; letztere besteht aus zwölf braunschweigischen Himten Roggerbrot und einer Lonne Herings.

Aber wie in Verden war Störtebeker auch an anderen Stellen dazurück bedacht, seine Rechnung mit dem Himmel zu begleichen. Beispielsweise spendete er für die Verschönerung der Kirche zu Marienbuse manden harten Taler, jedoch sie der österrische Gesichtschreiber Ubo Emmius noch im Reformationszeitalter einen großartigen Tempel, der alle zwischen Ems und Elbe gelegenen Kirchen an Pracht und Erhabenheit übertrifft, nannte. Von ihrem hohen Satteldache deckte er die eine Seite ganz mit Kupfer, die andere mit Blei, und machte sie dadurch zu einem wichtigen Wahrzeichen, nach dem er sich infolge des zerfrierenden Metallganges von weither bei seinen Einfahrten aus der wilden See richten konnte; noch immer heißen mit Bezug hierauf zwei in jener Richtung in der Emsmündung gelegene Blaten (Sandbänke) „Kopper“ und „Leisland“. Ja, er soll sogar gelobt haben, das ganze Dach mit Silber zu panzern wie einen Schiffsrumpf, wenn ihm der letzte große Streich gelänge, von dem er nicht zurück kam.

Marinenhate hatte freilich für seine Streifen besondere Bedeutung. Den die hochgelegene Kirche umgebenden Platz und des Heiligum selbst war auch nach mittelalterlicher Anschauung eine Freistadt; ein Aipl, in dem aller, die dorthin flüchteten, keine Gewalt etwas antun konnte. So wurde denn diese „Wic“ (von Entweichen) mit einer Mauer besetzt, und noch mehr der viele Meilen weit im Land und See sichtbare Turm. Es war eine Festungstürme mit geheimen Gängen zwischen den meerdicken Mauern, aus denen fast der Fenster nur viele schmale Schießlöcher freien Ausblick nach allen Seiten hin gewährten. Auch mit vier starken Toren war die „Wic“ versehen; bis dorthin konnten Störtebeker und seine Spießgesellen auf ihren kleinen Schiffen fahren; hier banden sie dieselben an.

In der heute noch geeigneten „Störtebeker-Kammer“ über dem Turmeingange hielten ununterbrochen zwei Klosterbrüder — die aus begreiflichen Gründen mit den Seeräubern gut zusammenhingen — Wacht, und sobald jemand das Recht der Freistadt in Anspruch nahm, öffnete ihm der Eine die Pforte, während der Andere der Umgegend durch Glockenschlag bekannt gab, daß ein Flüchtling Schutz begehrt und gefunden hatte. Doch durfte ein solcher nicht irgendwie ins Heiligum treten, sondern mußte sich zuvor durch vollständige Reichte und Reize von aller Blutschuld entzählen. Konnte er sich in einer gewissen Zeit keine Gnade erwerben, denn führte man ihn in die Kirche, zog ihm das Kleid der Freistadt an, eine schwarze Kutte mit einem gelben Kreuz auf der linken Hüfte, und brachte ihn unter härterem Geleite über die Grenze. Während seines Aufzuges ins Reich der „Wic“ war er aber nur jeder Gemaltat fähig; schon in den alten offiziellen „Mitteln“ (Rechtsbüchern) war auf jeden im Hofe der Maria (daher der Name Marienhofe) begangenen Frevel dreifache Buße gelegt.

Das nahmen Störtebeker und die Seinen gewiß oft in Anspruch, und von dem Reichum ihrer Reize haben sie alle diese „Störtebeker“ freigeilich begehrt. Einige Störtebeker-Helmlilien im Besitze der Emden „Kunst“ — der Sammlung der in Emden

tagenden Gesellschaft für vaterländische Geschichte und Altertümer — zeugen noch von der Pracht, mit der sich Störtebeker umgab; eine leinene Beifriedenbüchse mit Seidenbinderei, ein feines Hemd von überaus künstlicher Art des Gewebes mit Silberzierat an Kragen und Ärmelbündchen, und ein Paar Säurzen (Wandstoffs) aus hellrotem Sammet, ebenfalls mit reicher Silberbinderei, während sein Schwert in Hamburg verwahrt wird; ein Bild von ihm hat sogar Eingang in Lavaters physiognomische Fragmente gefunden.

Störtebeker und die Seinen. Das war eine große Kameradschaft. Im Volksmunde hießen sie „Vickualienbrüder“, nachdem sie es im Jahre 1390 unternehmen hatten, das von Markgarethe von Dänemark und Norwegen belagerte und ausgehungerte Stokholm mit Lebensmitteln zu versorgen zu welchem Zwecke ihnen die mecklenburgischen Fürsten und die Städte Rostock und Wismar Kaperbriefe ausfertigten, womit sie diese Seeräuber gemißermaßen legalisierten. Sie selber aber nannten sich „Lifedeelers“, weil sie all ihren Raub immer gleichmäßig unter einander teilten.

Ihr Stapelplatz, ein richtiger Beutemarkt, war anfangs der nordseeische Hafen von Emden, wo der damalige Hovestling und „Probst“ Hisko Abdena mit den Freibeutern und den sie verfolgenden Hanseaten zuletzt ein gewagtes Doppelspiel trieb, für das später sein Sohn Hymel in 24jähriger Gefangenschaft zu Hamburg büßte. Als es damit zu Ende ging suchten sie ihre Zuflucht in der Mündung der jedenfals nach jenem Fleck heute noch benannten „Leisbucht“ und fuhren in der Abseht nach Marienbuse, die Störtebeker zu diesem Zwecke schiffbar machte.

In Hamburg vollzog sich schließlich auch das Schicksal der Vickualienbrüder, und das auf eine Art, die die ganz Schrecklichkeit damaliger Exekutionen darstellt. Schon im Frühjahr 1400 wurden von den Hanseaten einige Kaperhiffe bei Borkum auf der Osterems genommen, 80 Mann über Bord geworfen, 30 enthaupet. Dann wurden im Jahre darauf auch Störtebeker und Wickbold mit ihrem letzten Anhang — nach einem erbitterten Kampfe bei Helgoland — in der Nähe der Insel Neumerl gefangen genommen und bald darnach auf dem Grashock bei Hamburg hingerichtet; im ganzen 72 Mann, jedoch die Fenster bis über die Knöchel im Blute fanden.

Bergebens hot Störtebeker eine goldene Kette als Lösegeld, so lang, um ganz Hamburg damit zu umspannen. Hingegen wurde ihm eine seltsame „letzte Bitte“ gewährt: „Wenn Ihr mir den Kopf abgeschlagen habt, laßt mich gehen, und diejenigen meiner Gesellen, an denen ich noch vorbeifomme, laßt laufen!“ Und in der Tat: als ihm der Kopf heruntergepuht worden war, richtete er sich jählings nochmals auf, kam wirklich noch an elfen vorbei, ehe er zusammenbrach, und diese erhielten die Freiheit. Die abgeschlagenen Köpfe der Enthaupteten wurden dann dem Elbstrom entlang auf Wähle gesteckt und zur Erinnerung an ihren Sieg prägen die Hamburger sogar eine Denkmünze.

Den Namen des Ueberwinders der Lifedeelers fand am 24. April 1673 Ulrich von Werbum auf einem „getrochene“ Leidenstein an Westportale der Hamburger Nikolaikirche in folgender Inschrift:

Mirras Störtebeker, qui cepit, Godeque Michel,
Si sita Simonis consulis ossa vides

Der Touristenverein „Die Naturfreunde“ veranstaltet am Sonntagabend 7 1/2 Uhr in der Aula des Johanneums einen Rudolf-Kinavortrag, bei dem erste und weitere Vorträge des Dichters zu Gehör gebracht werden.

Angrenzende Gebiete.

Hamburg. Zeitungsverbote. Das „Hamb. Tageblatt“ und die „Hamburger Warte“ sind vom Postsenator Henke bis 31. Oktober einschließlich verboten worden wegen des vor einigen Tagen abgedruckten Aufsatzes von Otto Ernst: „Die Republik soll leben“. Verlag und Schriftleitung beider Blätter haben sofort Beschwerde eingereicht. — Ein Todesstrafe. Die in Wandseel wohnende, 88 Jahre alte Ehefrau D. wollte nachts ein Getränk zu sich nehmen, verwechselte aber in der Schlaftrunkenheit die Flasche, indem sie Salzsäure zu sich nahm. Sie brach, von schweren Schmerzen gepeinigt, zusammen. Ein Arzt ließ die Bedauernswerte ins Warmbecker Krankenhaus schaffen, wo sie bald darauf starb.

Jehoe. Die bürgerlichen Stadträte wieder im Amt. Der Regierungspräsident in Schleswig hat entschieden, daß die Stadträte Heesch, Vollbehr und Knobbe wieder als rechtmäßige Mitglieder des Magistrats anzusehen sind, nachdem sie ihre früher ausgesprochene Amtsniederlegung zurückgezogen haben, bevor diese rechtskräftig geworden war. Der Beschluß der Stadtverordnetenversammlung über die Aberkennung des Bürgerrechts der drei Stadträte ist nach dem Entscheid des Regierungspräsidenten gegenstandslos geworden.

Seide. Gegen den Kartoffelmucher. Da die Kartoffelzucht aus dem Kreise einen Umfang angenommen hat, der die Versorgung der Kreisbevölkerung mit Kartoffeln ernstlich gefährdet, fordert der Landrat die Bevölkerung öffentlich auf, ihm Mithilfe bei der Bekämpfung des Wuchers zu leisten. Die Kartoffeln werden aus dem Kreise in ungeheuren Mengen verschoben und oft zu Wucherpreisen angekauft. In solchen Fällen wird der Landrat die Beschlagnahme der Waren verfügen. — Die Kriminalpolizei verwies einen Landmann aus der Umgegend von Heide mit einer Ladung Kartoffeln vom Heider Wochenmarkt, weil er 180 Mk. für den Doppelzentner forderte. Eine erregte Menschenmenge hatte sich angeammelt, die Luft verpöhrte, dem Wucherer eine gehörige Tracht Prügel zu verpassen.

Güstrow. Bei der Amtsvertreterwahl im Amtsbezirk Güstrow wählten 12 Sitze auf die Sozialdemokraten und 9 auf die Bürgerlichen. Die kraftvolle Willensäußerung der Arbeiterchaft macht der Kleinwirtschaft der Reaktionäre ein Ende und zeigt allen wieder einmal die ungeheure Macht des Stimmzettels.

Kostock. Kommunistische „Taktik“. Bei der Wahl eines Stadtrates wurden für den reaktionären Stadtrat Dabbe 30 Stimmen, für Stadtrat Genossen Segnitz 27 Stimmen, außerdem vier weiße Zettel abgegeben. Diese 4 weißen Zettel waren von den Kommunisten abgegeben, die damit die Schuld haben, wenn Kostock den reaktionären Bürgermeister-Stellvertreter erhält, statt eines Sozialdemokraten, den wir hätten haben können.

Zum Streik in der Fischindustrie im Bezirk Hamburg.

Seit Jahren drängt die Arbeiterchaft auf Abschluß eines zentralen bezw. bezirkslichen Tarifes für die genannte Fischbranche. Alle Bemühungen der berufenen Arbeitervertreter, mit dem Vorstand des Vereins der Fischindustriellen, Sitz Altona, einen Abschluß auf zentraler oder bezirkslicher Grundlage zu erzielen, scheiterten an der ablehnenden Haltung des vorgenannten Vorstandes. Dagegen erklärten sich die Unternehmervertreter bereit, örtliche Tarifabkommen zu treffen. Dabei hat sich aber in den letzten Jahren ergeben, daß ein wesentlicher Teil der Unternehmer die örtlichen Abkommen meist nur als ein feines Papier betrachten und die tariflichen Bestimmungen häufig sabotierten. Besonders in der sogenannten toten Saison hielten die tariffeindlichen Unternehmer den Moment für gekommen, die tariflichen Rechte der Arbeiter in punkto Arbeitszeit, Lohn, Urlaub usw. gründlich zu beschneiden, sodaß seit Bestehen der Ortsstatute fortgesetzt Differenzen heraufbeschworen wurden, die wiederholt zur Einstellung der Arbeit führten. Gleichzeitig haben es aber auch die Unternehmer vorzüglich verstanden, sich mit Hilfe der maßgebenden Behörden — natürlich ohne vorherige Verständigung mit den Arbeitervertretern — die festgesetzte Lohnsätze im Jahr zu ergattern und damit auch zugleich die tariflichen Vereinbarungen gänzlich zu brechen.

Die Ausnahmebewilligung für Fischräucherereien und Fischkonservenbetriebe lautet:

„Zur Sicherstellung der Volksernährung genehmige ich auf Grund der Vorschriften in Ziffer VII der Verordnung vom 23. November 1918 — R.-G.-Bl. S. 1334 — 17. Dezember 1918 — R.-G.-Bl. S. 1436 — für den Umfang des Regierungsbezirks, daß die Arbeitszeit der in Fischräucherereien und Fischkonservenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen über 18 Jahre bis zum Jahreschluß an 60 Tagen erforderlichenfalls bis zu 10 Stunden ausgedehnt wird. Die Arbeitsstunden müssen innerhalb der Zeit von früh 6 Uhr und abends 10 Uhr liegen. Es sind Ruhepausen im Gesamtbetrage von wenigstens 1 1/2 Stunde zu gewähren, unter denen eine mindestens einfürdige Mittagspause enthalten sein muß.“

Auf einer an der Arbeitsstätte aufzuhängenden, von dem Betriebsrat zu kontrollierenden Tafel müssen alle Ueberarbeitsstunden unter Angabe des Datums, der Ueberarbeitszeit sowie die Zahl der beteiligten Arbeiter und Arbeiterinnen noch am Tage der Ueberarbeit von der Betriebsleitung mit Tinte eingetragen werden. Eine Ueberarbeitszeit der achtstündigen Arbeitszeit über 10 Stunden hinaus ist nur in den in Ziffer VI der erwähnten Verordnung vorgesehenen „Notfällen“, insbesondere zur Verhütung des Verderbens der Lebensmittel, gestattet.

Schleswig, den 3. März 1921.

Der Demobilisierungskommissar.

Selbstverständlich wurde dieser Plan der Unternehmer um die Ausnahmebewilligung unter Dach und Fach zu bringen, von langer Hand vorbereitet.

Aus einem Bericht, der Ende 1919 in der Monatschrift des Vereins der Fischindustriellen zum Abdruck gelangte, ersieht man, daß die Unternehmer es vorzuziehen sahen, die tariflichen Vereinbarungen mit behördlicher Hilfe außer Kraft zu setzen und diesen Tatsachen gegenüber warte noch der Generalfiskus auf einen Vertreter des Reichsarbeitsministeriums gegenüber dreißig zu behaupten, daß der Verein der Fischindustriellen nur die Regelung der Unternehmer-Interessen in bezug auf Fischhandel, Verteilung der Fischware sowie Regelung der Fracht- und Zollfragen anstrebe, aber sich keineswegs mit Arbeiterfragen befaße.

Es steht also fest, daß das Bestreben der Unternehmer darauf abzielt, in der Fischbetriebe den früheren Zustand der Patriarche wieder einzuführen.

Die Arbeiterchaft stand also vor der Wahl, sich entweder unter der Frucht der Unternehmer zu beugen oder aber auch für eine einheitliche tarifliche Regelung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen einzutreten, und als abermals die Unternehmer in der entscheidenden Verhandlung am 27. September d. J. den durchaus berechtigten Forderungen der Arbeiter auf Abschluß eines Bezirkslohntarifes ein entschiedenes „Nein“ entgegensetzten, erfolgte am 1. Oktober in allen Fischbetriebe des Bezirks Schleswig-Holstein und Hamburg-Altona die Einstellung der Arbeit.

Während nun nach Ausbruch des Streiks die Unternehmer linksseitig der Elbe Bereitwilligkeit zeigten, ein Bezirkslohnabkommen zu tätigen, bezehrten besonders die Unternehmer in Hamburg-Altona auf ihrem ablehnenden Standpunkt. Selbst die Vermittlungsversuche des Oberbürgermeisters in Altona sowie eines Vertreters des Reichsarbeitsministeriums scheiterten an der Starrköpfigkeit der Unternehmer.

Der Schlichtungsausschuß in Altona, der später nach § 20 der Verordnung über Tarifverträge vom 23. September 1918 vom Reichsarbeitsministerium beauftragt wurde, die Streitigkeit zu schlichten, wurde von den Unternehmern, die die Zuständigkeit desselben bezweifelten, als Schlichtungsinfluß abgelehnt.

Hoffentlich nieher aus diesen Vorgängen auch die behördlichen Instanzen die nötigen Schlussfolgerungen. Besonders nach der Richtung hin, ob in diesem Falle nicht ein schärferes Zugreifen am Platze ist.

Die Arbeiterchaft hat mit Rücksicht darauf, weil die Ernährung der Bevölkerung mit Fischnahrung schwer unter diesen Kampf zu leiden hat, die Hand wiederholt zum Frieden geboten. Durch die ablehnende Haltung der Unternehmer aber ist die Arbeiterchaft jetzt gezwungen, den Kampf mit allen Mitteln durchzuführen.

Die Gausleitungen des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands und Deutschen Transportarbeiter-Verbandes, Sitz Hamburg.

Gewerkschaften.

Gegen einen gesetzlichen Achtstundentag.

Die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ vom 16. Oktober behauptet, die „der jetzigen Regierung nahestehe Presse“ mache Stimmung für die Annahme des Entwurfs eines Gesetzes über die Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter. Das Blatt lehnt den Entwurf ab, natürlich aus ganz anderen Gründen, aus denen er von der Arbeiterchaft abgelehnt werden muß. Seine Argumentation ist köstlich:

„Tatsache ist freilich, daß die deutsche Regierung die Verpflichtung hat (als Mitglied der Internationalen Arbeitsorganisation), ein solches Gesetz einzubringen. Das ist auch von der Regierung geteilt. Daß das Gesetz nun aber unbedingt angenommen werden muß, so weit erstreckt sich die von der Regierung übernommene Verpflichtung nicht.“

Nimmt Deutschland das vorliegende Gesetz an, „so ist es tatsächlich unumwiderrücklich verpflichtet, auf 11 Jahre den Achtstundentag und die 48stündige Woche durchzuführen. Damit käme es zu dem unannehmbaren Zustand, daß es „mit den uns nicht vergleichbaren Wirtschaftsstaaten Griechenland, Rumänien und der Tschechoslowakei“ festgelegt wäre, während die Länder, mit denen wir auf dem Weltmarkt in der kommenden Zeit zu kämpfen hätten, vollkommen freie Hand haben.

„Daß gerade auch bezüglich der Arbeitszeit keine unwandelbaren Auffassungen in den einzelnen Staaten herrschen, und zwar am allerwenigsten in demokratischen Staaten, beweist das Beispiel Frankreichs.“ Auch Rußland sei unter seinem Regime längst weit über den Achtstundentag hinausgegangen. „Ob Deutschland den Achtstundentag weiter beibehalten und durch gezielte Verordnung für Industrie und Arbeiter nach dieser Richtung eine Verpflichtung aussprechen will, darüber sollen unsere Körperschaften frei und unabhängig von internationalen Verpflichtungen entscheiden. Sie haben es in der Hand, den achtstündigen Arbeitstag und die 48stündige Woche auch weiter wie bisher im Wege einer Verordnung bestehen zu lassen. Die internationale Verpflichtung einer Bindung auf 11 Jahre fällt dann fort. Also allein schon aus dem Grunde soll der Entwurf abgelehnt werden, um sich nicht zu binden.“

Gewiß, eine Verordnung läßt sich leichter beseitigen als ein Gesetz. Wir begreifen!

Gehören Gärtner zu den landwirtschaftlichen Arbeitern? Es ist von Bedeutung, festzustellen, ob unter den Begriff „landwirtschaftliche Arbeiter“ auch Gärtner und Gärtnereiarbeiter gehören. In Deutschland ist diese Frage seit 1869 schon heiß umstritten. Während die Gärtnereiarbeiter von jeder den Standpunkt vertreten, daß auch die Gärtnerei zur Landwirtschaft gehöre und entsprechend unter die Landarbeiterordnung vom 24. Januar 1919 falle, betrachten sich die gärtnerischen Arbeitnehmer als gewerbliche Arbeiter, für welche in Deutschland die Gewerbeordnung des Jahres 1918 maßgebend sei. Sie weisen darauf hin, daß die Gärtnerei ein Gewerbe sei, das infolge seiner ganzen technischen Einrichtungen nur noch ganz entfernt mit der Landwirtschaft verwandt habe, die Witterungsverhältnisse auf ein Mindestmaß reduzieren könne, daß ihre Produkte zum großen Teil in Läden und -Rücheln liegen und gewissen Veredelungs- und Sprütmethoden unterworfen sind.

Da von der Entscheidung der Frage, ob die vielen, in privaten und öffentlichen Gärtnereibetrieben beschäftigten Personen zu den gewerblichen oder zu den landwirtschaftlichen Arbeitern zu zählen sind, bei der Ausübung vieler Gelege viel abhängt, beabsichtigt die deutsche Regierung, wie der Deutsche Verband der Gärtner mitteilt, eine Entscheidung herbeizuführen, um weitere Zweifel an der Auslegung von Gesetzbestimmungen zu beseitigen. Nachdem am 6. Mai d. J. in Berlin eine Konferenz der Regierungsvertreter aller deutschen Staaten mit der Reichsregierung stattgefunden hat, tagte am 19. Juli im Reichsarbeitsministerium eine Konferenz der beteiligten Organisationen mit Vertretern der Reichsregierung, aber trotz langer Verhandlung konnte eine Verständigung nicht erzielt werden. Es wird angenommen, daß die Reichsregierung jetzt eine Entscheidung selber fällen wird.

Keine Ausperrung im Berliner Zeitungsgewerbe. Der Vorliegende des Arbeitgeberverbandes teilt mit, daß weder im Verlag von Rudolf Mosse noch in irgendeinem anderen Berliner Zeitungsvorlag eine Ausperrung erfolgt, oder eine solche beabsichtigt ist. Die bürgerlichen Zeitungsvorlage haben lediglich aus Gründen der Solidarität mit dem Verlag von Rudolf Mosse ihr Erscheinen eingestellt und zwar auf ihre Kosten. Löhne und Gehälter werden weiter gezahlt.

Streik im Amsterdamer Hafen. Nachdem im Amsterdamer Hafen wegen Herabsetzung der Löhne ein Streik der Hafenarbeiter ausgebrochen ist, erwartet man für die nächsten Tage eine Ausdehnung des Streiks auch auf die anderen holländischen Häfen. Die deutschen Schiffe haben Weisung, in Rotterdam ihre Ladungen zu löschen. Wenn der Streik weitere Ausdehnung annehmen würde, dann würde für den transatlantischen Verkehr der Hafen von Antwerpen in Frage kommen.

Aus aller Welt.

Gattenmord in Steglitz. Am Sonntagabend meldete sich bei der Steglitzer Kriminalpolizei die 42 Jahre alte Frau Wanda Lehmann aus der Vorstellstraße 1a und erzählte, sie habe am Morgen ihren Ehemann, den 37 Jahre alten Profuristen M. Lehmann, durch drei Revolverkugeln getötet. Kriminalkommissar Hagenjäger begab sich darauf mit seinen Beamten in die Wohnung der Frau und fand ihre Angaben bestätigt. Der Tote lag in einem Vorderzimmer der Wohnung auf dem Fußboden. Die erste Kugel war ins Herz gegangen, die zweite in die Stirn und die dritte in die rechte Schläfe. Die weiteren Ermittlungen er-

gaben, daß das Ehepaar seit längerer Zeit in häßlichem Unfrieden lebte. Frau Lehmann behauptet, den Revolver im Laufe eines erregten Streites gezogen zu haben und in ihrer Aufregung die Schüsse abgegeben zu haben. Die am Tatort angestellten Untersuchungen sprechen jedoch dafür, daß es sich um einen planmäßig vorbereiteten Mord handelt.

1 600 000 Goldmark für ein Gemälde. Für das berühmte Jünglingsporträt des englischen Malers Gainsborough, das unter dem Namen „Der blaue Knabe“ bekannt ist, wurden 1 600 000 Goldmark von einem Amerikaner bezahlt. Der Herzog von Westminister gab diesen nationalen Kunstwert dafür preis. Hehnliche Preise, die natürlich nur für alte Bilder bezahlt werden, erreichten nur Rembrandts „Mühle“ und Velasquez' Porträt eines spanischen Staatsmannes.

Pariser Liebesstragdie. Giffel, der Sohn des Erbauers des Eiffelturmes, ist in Paris von seiner Maitresse durch mehrere Revolverkugeln ermordet worden.

Von einem französischen Soldaten erschossen. Am 16. Oktober wurde der Schmidt Paul Wella in Hindenburg von einem französischen Soldaten nach einem vorhergegangenen Streit durch einen Revolverkugeln in den Kopf getötet. Die interaktierte Kommission in Hindenburg wurde sofort von dem Vorfall benachrichtigt mit der Bitte um strenge Untersuchung. Der französische Soldat hat sich der Behörde gestellt; er behauptet, von dem Getöteten angegriffen und geschlagen worden zu sein. Augenzeugen des Vorfalls hingegen bestreiten, daß der französische Soldat in Notwehr gehandelt hat.

Im innerafrikanischen Urwald.*

Von Henry M. Stanley.

Wir saßen in unserer Feste, und ringsum klagte und jubilierte, brauste und schwieg der Urwald. Sind Worte imstande, ein Bild des unermeßlichen Urwaldes von Innerafrika vorzuführen?

Man denke sich das gesamte Gebiet von Deutschland und Desterreich, mehr als 830 000 Quadratkilometer, mit Bäumen von 6 bis 60 Metern Höhe bewachsen; Stamm neben Stamm strebt zum Himmel empor, einer härter als der andere. Die Baumkronen sind so fest ineinander verwebt, daß sie das Tageslicht abblenden. Von einem Baume zum andern laufen Laue von etwa 40 Zentimeter Durchmesser. Laß diese Urwälder üppig blühen und Blätter treiben, mit dem Blattwerk der Bäume sich ineinanderanker, laß von den höchsten Zweigen die Laue mit den ausgefranzten Enden, den Luftwurgen dieser Schmarotzer bis beinahe auf den Erdboden herabfallen, laß Ranken herabhängend mit offenem Federwerk an den Enden, Troddeln gleich! Wirf alles unterbunt durcheinander, so wirz wie möglich, stürbe in jede Nische und auf jeden horizontalstehenden Ast löslähnliche Baumstümpfer von gigantischen Ausmaßen, pflanze dazu Kräuter mit breiten, speerförmigen Blättern, etwa die Elefantenspflanze, dazu Orchideen und Gruppen pflanzlicher Wunderwerke! Und verziere nicht, einen reichen Schmuck zarter Farne in die Wirteln zu streuen! Nun bedecke Baum, Ast, Gezweig und Schlinggewächs mit didem Moos wie mit einem grünen Pelz! Laß auf dem Boden des Waldes dieses Rhyniumgesträuch, Amomum und wergahafes Gehölz wachsen!

Das ist der Urwald! Wo aber der Witz die Krone eines stolzen Baumes zersprengt, einen Waldriesen bis zu den Wurzeln hinab zersplitterte, wo ein Wirtelbaum Bäume entwurzelt, dort stehen ungezählte junge Stämme im Wettlauf um Luft und Licht in die Höhe, drängen sich, brechen sich, treten sich und erküßten einander, bis das Ganze ein undurchdringliches Dickicht bildet.

Dort steht im Zwielicht eine Gruppe von Bäumen, grau und feierlich wie die Säulen einer Kathedrale, und in der Mitte erhebt sich ein dürrer, nackter, weißgebleichter Patriarch, um den sich eine Gemeinde gebildet hat. Junge Bäume klimmen empor und breiten sich aus, um die Erben des Gebiets von Licht und Sonnenschein zu werden, das einst den Alten gehörte. Hier liegt die Kraft, zähes Emporstreben! Der Tod geht durch den Wald! Er zottelt aus, was untauglich und schwach ist. Infolge von Wunden, Krankheit, Verfall, Erbübeln, Altersschwäche und Unfällen müssen die Bäume sterben.

Um das Bild des unbarmherzigen Waldes zu vollenden, bedecke man seinen Boden dick mit Humus aus vermoderten Blättern, Stielen und Zweigen! Hier und dort lag in einem Dunst von verwesenden Säulungen, abgestorbenen Generationen von Insekten und lebenden Ameisenkolonien einen gestürzten Baumrumpf liegen, halb verborgen unter dem Blattwerk junger Bäume. Langer Feuerhaufen und vieler Meter hoher Rotangpalmen! Jedes Kilometer weit lag einen schlammigen Fluß, einen schlammigen Bach oder einen leichten Lämpel keine Gistige auszuhauchen, bedede die Gewässer mit Wasserlinsen, Lotus- oder Lilienblättern und einem fertigen grünen Schaum, der aus Millionen von Pflanzenteilen besteht! Bewölke dann dieses unheimliche Zufußdiffer mit ungezählten Volksstämmen, die miteinander ewig im Kriege leben, obwohl sie 20, 50, 80 Kilometer voneinander getrennt haufen, inmitten dieser Wildnis von gestürzten Bäumen, zwischen deren sie Bananen, Maniok, Bohnen, Linsen, Kürbisse und Melonen gepflanzt haben!

Der Urwald, das alte, vom Menschen noch nicht berührte Waldgebiet, das seit den frühesten Zeiten sich selbst überlassen blieb, um von Zeitalter zu Zeitalter zu wachsen und zu sterben, ist leicht von demjenigen Teile des Waldes zu unterscheiden, der dem Menschen einmal Schutz gewährte. Verlassene Nistungen werden bald zu Buletten der herrlichsten Blumen. Das Amomum prangt mit seinen schneeweißen, blakrot eingefassten Blütenkelchen, eine wilde Rebe zeigt die farbe hellen Purpurs, ein Schlingengewächs mit gezeiberten Blättern überlastet durch sein braunes Blattwerk, der Pfefferstrauch mit seinen roten Schoten und der wilde Mangobaum mit Myriaden perlenartiger kleiner Blüten erregen unser Staunen, Azazien mit ihren schneeweißen Knospen, Mimosen mit ihrer süßduftenden gelben Blüten verbreiten einen fast betäubenden Geruch. Für die verschleiernen Schattierungen des Grüns sorgen die Farne, die sperrigen Halme des Schmergrases, junge Delpalmen oder die nützlichen, breiten Blätter des Phrynium. Ein junger Feigenbaum mit silberglänzendem Stamm und breitem Geäst verflucht seine Blätter mit den zarten Blättchen der Mimose und der Rotangpalme, und am Boden sind Pflanzen mit neßelartigen Blättern und Stengeln, dabei, einen Teppich zu weben, der ebenso seltsam wie schön ist. Ein alter Baumstamm, vor langer Zeit gestürzt, rasch verfallend, schwarz von Schimmel, dicht mit schwammartigen Parasiten bedeckt, in jeder Ritze und Spalte alle Arten unerzähllicher Insekten beherbergend, ist schon in ein paar Wochen der Kern eines Hügelns von märchenhafter Pflanzenschönheit.

Wenn wir mit der Kolonne vorwärts marschierten oder uns für die Nacht gelagert hatten, war das Gemurmel der Stimmen meiner Leute nicht dazu angehen, die ganze Erhabenheit des Urwaldes auf uns wirken zu lassen. Wenn aber das Geräusch der Leute erlosch, wenn wir unter Elend schweigend vorzugehen, dann wurde die Ehrfurcht vor dem Walde in unserer Seele wach und nahm unseren Geist gefangen. Man wurde der Großartigkeit des Urwaldes, des gedämpften Lichtes, sich bewußt, begriff aber kaum das felsame Gefühl der Einsamkeit. Forschend blickte man umher, sich zu vergewissern, daß diese Einsamkeit keine Täuschung sei. Es war einem, als stünde man unter den Bewohnern einer anderen Welt.

* Die lebendige und farbenfalle Naturgeschichte entnehmen wir dem bei H. A. Brockhaus in Leipzig erschienenen Werke Henry M. Stanleys: „Im dunkelsten Afrika“.

Und welche Ueberlegungen wurden in uns ausgelöst, wenn wir über den dunkler werdenden, das herannahende Gewitter widerspiegelnden Sturm blühen und die mächtige Armee von Bäumen sahen, die stark und düster das Herandringen des Sturmes erwartete! Der Orkan baute alle Kräfte zusammen, um zu greifen, und der Blitz wirft seine Speere mit geackten weißen Flammen aus der unendlichen schwarzen Schar der Wolken. Aus ihren Tiefen zuckt der Donnerkeil. Blühen gewahrt man, wie die Bäume, die dem Anprall des Sturmes mit ruhiger Stäheheit entgegenstehen, als seien sie auf Leinwand gemalt, die Wipfel beugen. Ein allgemeines Schwanken und Schütteln folgt, gleich als hätte eine wilde Panik sie ergriffen. Sie biegen sich hierhin und dorthin, aber durch die kräftigen Stämme und die festen Wurzel werden sie an der Flucht verhindert. Bald erheben sie sich von den ersten Schlägen und peitschen ihre Wipfel in wilden Wogen vorwärts.

Jetzt erreicht der Krieg zwischen dem Wald und dem Sturm seinen Höhepunkt!

Region hinter Region ziehen die Wolken über die vom Wind aufgewühlter Wipfel hin. Es ist ein Krachen und Brüllen, ein Schreien und Neigen, man hört das schrille Pfeifen der Sturmgeister und das Stöhnen der geschlagenen Bäume. Die Baumköpfe scheinen mit ihren peitschenden Wipfeln mächtige Streiche auszuerteilen, und durch das Blattwerk geht ein Krachen, als wollten die Blätter der ungeheuren Kraftentfaltung ihrer Herren freudigen Beifall ertönen.

Der Blitz zuckt mit prächtigem Licht und verheerender Flamme, der Donner dröhnt mit beäunendem Krachen und rollt dämpf in die Unendlichkeit hinein. Die schwarzen Wolken überfüllen sich und verbunkeln das Firmament. Und während eine Wolke sich in der andern auflöst, werfen wir bei fahlem Licht einen letzten Blick auf den wilden Krieg. Wir sind betäubt von der Gewalt des Sturmes und der Wucht des Waldes, bis plötzlich die Sintflut des tropischen Regens herabstürzt. In kurzer Zeit ist der Zorn der Elemente besänftigt, und der Aufbruch des Waldes hat sich wieder in vollkommene Stille gewandelt.

Allerlei Wissenwertes.

C. K. Wie man seine Schuhe ist. Es ist längst ein Verfahren gefunden worden, um Gelatine aus altem Leder zu machen. Dadurch wird die merkwürdige Tatsache in das Bereich der Möglichkeit gerückt, daß man seine abgetragenen und weggeworfenen Schuhe nach einiger Zeit auf dem Mittagstisch in Form eines delikaten rosa oder gelben Gelees wiederfinden kann. Ein solch überraschender Kreislauf, den die Dinge bei ihrer Verarbeitung durchmachen können, führt noch zu ganz andern Ueberlegungen als der, daß man seine Schuhe essen kann. Man kann sogar insolge eines künstlichen „Stoffwechsels“ seinen alten Gut in seinem Getränk wiederfinden. Der beste Dünger für den Hopfen sind Lumpen, und Tausende von alten Filzhüten, die ihre Arbeit als Kopfbedeckung verrichtet haben, werden in Lumpen umgewandelt, mit denen man die Wurzeln der Hopfenpflanze nährt. Der Hopfen aber dient zur Bierbereitung, und durch diese „ewige Wiederkehr des Gleichen“, kann uns ein Stück unleres längst vergessenen alten Filzhutes in der Gestalt eines schäumenden Glases Bier vor Augen kommen. Spürt man der Entstehung so mancher Gegenstände nach, die man täglich gebraucht, so findet man auch hier denselben erstaunlichen Kreislauf. Die Raubvögel, die man morgens benutzt, oder vielmehr ihr Handgriff kann aus den Ueberresten eines Sonntagsmahles

gemacht sein, das uns und unserer Familie vor einigen Monaten vorzüglich mundete: Die Knochen, die auf dem Wege des Müllkastens das Haus verlassen und dann durch die Hände des Lumpensammlers zur Fabrik kommen, werden dort verarbeitet, gebleicht und dann zu Sandstrichen für alle Arten von Bürsten, für Tisch- und Taschenmesser, für Knöpfe aller Art verwendet. Die kleineren Knochen, die die Verarbeitung nicht lohnen, können zu uns zurückkehren in einer Zinnbüchse, die unsere Schuhereme enthält. Das Fett, das aus den Knochen gewonnen wird, kann auch in dieser sehr materiellen „Seelenwanderung“ in Gestalt einer dünnen Leinwand wieder vor uns auftauchen. Der alte Schwamm, der für den weiteren Gebrauch ungeeignet geworden ist, macht manche Wandlungen durch und kann z. B. in dem Job enthalten sein, das wir beim Apotheker als Heilmittel kaufen. Die elektrische Klingel, die von der Lampe herabhängt, kehrt vielleicht als ein Teil einer Willardbatterie wieder zu uns zurück, und die Haken, die unsere Fenster vor dem Zufallen schützen, stammen vielleicht von irgend einem alten Wasserrohr, das im vorigen Winter geplagt ist.

Neue Bücher.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 3. Heft vom 1. Band des 40. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Bismarck und Wilhelm II. Von Heinrich Cunow. — Englische Briefe über die Schuld am Kriege. Von Hermann Lutz. — Die soziale Frage im römischen Altertum. Von Dr. W. Berg. II. (Schluß) — Literarische Rundschau: Ed. Bernheim: Wie eine Revolution zugrunde ging. Die deutsche Revolution, ihr Ursprung, ihr Verlauf und ihr Werk. Von Heitz. Cunow. — Gustav Cassel, Das Geldproblem der Welt. Von S. Fehlinger. — Adolf Scheidt, Staatliche Wohnungsfürsorge in Preußen. Von Max Sachs. Georg Hermann, Schnee. Von L. — Notizen: Die Petroleumproduktion. Die Entwicklung der holländischen Gewerkschaften. — Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von 1,50 Mk. das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur für das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 1,50 Mk. — Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Vom „Wahren Jakob“ ist soeben die 21. Nummer des 88. Jahrganges erschienen. Aus ihrem Inhalt erwähnen wir folgende Beiträge: Bilder: Die neue Lokomotive. — Aus der Zeit. — Vom Völkerverbund. — Vom Giftbaum der Börse. — Wirt in Nöten. — Internationale Arbeitslosigkeit. — Der Völkerverbund im Geldschrank. — Ausländische Satire. — Der Preis der Nummer ist 80 Pfg. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag K. S. W. Dieckhoff, G. m. b. H. in Stuttgart, sowie von allen Buchhandlungen und Kolportageuren zu beziehen.

Es klingt im Sturm ein altes Lied... Zu Hermann Mollenhuths 70. Geburtstag ließ ein Jugendfreund und Weggenosse des alten Parteikämpfers, Gen. Julius Bruhns, ehemals der Benjamin des Reichstages und jetzt Chefredakteur des „Offenbacher Abendblattes“, seine Lebenserinnerungen unter dem Titel „Es klingt im Sturm ein altes Lied“ bei der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, erscheinen. Die Jugendzeit des Verfassers ist zugleich die Jugendzeit der deutschen Sozialdemokratie. In der Hamburg-Altonaer Zigarren-Hausindustrie aufgewachsen, von ihren Leiden schwer geplagt, war Gen.

Bruhns schon als Knabe ein glühender Sozialdemokrat geworden. Für die Ausbreitung und den Sieg der damals noch kessenhaften sozialistischen Arbeiterbewegung zu wirken, wurde ihm zur Lebensaufgabe. Wie die Sozialdemokratie wuchs und mit ihr die begeisterten Vorkämpfer, ist geschichtlich, aber wie es in dem Buche erzählt wird, ergibt sich keine nüchterne Darstellung bekannter historischer Tatsachen, sondern eine feine Schilderung persönlicher vom warmen Blut durchpulster Erlebnisse. In bunten wechselvollen Bildern ziehen die originellen Waghähne der vorjohannischen-gesellschaftlichen Zeit, die Leiden wie die Freuden der Zeit des Ausnahmegesetzes, die nervenanspannenden Kämpfe mit Polizeispitzeln und Verrätern aus den eigenen Reihen, Gefängnisleben und Leben im Exil vorüber. Nicht weniger aber auch das Leben und Treiben in der Geheimorganisation bei der Verbreitung des verbotenen „Sozialdemokrat“, die Parteilongesse und der internationale Kongress in Paris. Diese teilweise mehr als 1/2 Jahrhundert zurückliegenden Geschichten aus der deutschen Arbeiterbewegung und von ihren Führern, darunter insbesondere von Gen. Hermann Mollenhuth, verdienen gemäß das lebhafteste Interesse der Parteigenossen. Ganz besonders soll das Buch aber unserer Arbeiterjugend empfohlen sein, da es ihr Kunde gibt, mit welcher Selbsterleugnung und Opferbereitschaft damals in der Heroenzeit der Sozialdemokratie die noch wenig zahlreichen Anhänger für die als gerecht erkannte Sache zu kämpfen und zu leiden wußten. Dies schon gebundene Buch erhalten die Organisationen statt zum Ladenpreis von 14 Mk. wesentlich billiger.

Die geistliche Mördergrube. Eine dichterische Kampfschrift von Robert Walter, erschienen im Konrad Hanf Verlag, Hamburg. Preis 6,60 Mk. Gegen das verlogene Stahlbad des Krieges kann nicht genug geschrieben werden. Ja, es muß noch viel mehr dagegen protestiert werden, damit das Volk auch die Urheber des Welteneulds nicht vergessen lernt. In der vorliegenden Schrift wird keine herkömmliche Kriegsgeschichte erzählt oder widerlegt, kein Streit mit blöden Generalsbehauptungen ausgefochten. Nein, hier tritt der Seelend — die Wahrheit — als Seelenanalytiker auf und packt das ganze Kriegspredigergefinde am Genick. Eine Erbauungsschrift für sittlich fühlende Menschen, eine niederschmetternde Anklage gegen die Vernichter eines Volkes.

Quittung.

Für den Wahlfonds gingen ein:

Arbeiterchaft von W. K. Beth	Mk. 166.50
der Ldb. Mach-Gesellsch.	248.—
W. G. Schröder Nachf.	40.—
Brüggen	42.—
Schäffle & Co.	885.—
Kaiarbeiter	196.50

Das Parteisekretariat.

Spurlos verschwunden
sind alle Hautunreinigkeiten u. Hautausschläge, wie Mitesser, Finnen, Pusteln, Pickeln, Gesichtsröte, Blüthen usw. durch tgl. Gebrauch der allein echten **Stechenpferd - Teerschwefel - Seife** von Bergmann & Co., Radebeul. Überall zu haben. (7886)

Bekanntmachung!

Für die Wintermonate Oktober — März ist der Schlachthof geöffnet von morgens 7 Uhr bis nachmitt. 3 Uhr.

Schlachtungen können während dieser Zeit vorgenommen werden von morgens 8 Uhr bis nachm. 3 Uhr.

Die Betriebsbehörde.
Abt. für den Schlachthof.

7907)

Danksagung.

Für die unendlich vielen Beweise herzlicher Teilnahme und reichen Kranzspenden beim Hinscheiden unserer lieben Entschlafenen (7905)

Frau Söle Sühr
unseren tiefempfindenen Dank.
Die Hinterbliebenen.

Montag morgen 3 Uhr entließ sanft nach langem, schwerem Leiden unsere innigst geliebte Tochter und Schwester

Erika
im zarten Alter von 5 Monaten. (7918)
Dies zeigen tiefbetäubt an ihre Eltern, ihr Bruder und alle Verwandten.

H. Fack und Frau geb. Baas.

Beerdigt. Freitag, vorm. 10 1/2 Uhr, Friedhof.

Montag abend entließ sanft unsere kleine **Maria**
im zarten Alter von 1 Jahr 8 Monaten. In tiefer Trauer
Paul Bianinda u. Frau Anna geb. Schlanert.
Beerdigung Freitag, 21. Okt., vorm. 10 1/2 Uhr, Leichenhalle Borwerter Friedhof. (7922)

Sofort gesucht
Zeitungsverkäufer.
„Lübecker Volksbote“,
Johannisstraße 46.

2 gute geb. Dam. u. H. Fahräder billig. (7916)
Bahnh. 83. Jahr. Odl.

3. u. H. Reit weisse u. farb. Bodenplatten. (7926)
Watenigsmann 82.

3u verk. e. gr. Koffer u. 2. H. Kinderwagen, geeignet f. Handeln. (7901)
Grüner Weg 8 a.

2 solche Damenhüte, Man- doller zu verk. (7900)
Altenbockstraße 9, III.

Returverpachtung.

Der Ret an der Intertrave von der Staatsverf bis Schlup wird am Mittwoch, dem 26. Oktober 1921, vormittags 11 Uhr auf der Staatsverf, Glashüttenweg, öffentlich meistbietend verpachtet. Die Bedingungen liegen im Bauamt von 8 bis 1 Uhr zur Einsicht aus. (7895)

Wasserbauamt II.

Für erwiesene Gratulationen und Geschenke zu unserer Vermählung danken wir herzlich.

Wilhelm Dettmann und Frau Frieda geb. Franck. (7921)

Für die vielen Geschenke und Glückwünsche zu unserer Hochzeit danken wir herzlich. (7911)

K. Schütt u. Frau geb. Kollien.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Zahlstelle Lübeck.

Die Zahlstelle Lübeck sucht zum 1. Januar 1922 einen (7917)

Colatbeamten.

Derselbe muß mindestens 5 Jahre dem Berzende und einer Arbeiterpartei angehören, rednerisch, organisatorisch und agitatorisch befähigt und in der Sozialversicherung bewandert sein, sowie das Rassenwesen beherrschen.

Die Anstellung erfolgt nach den letzten Verbandstagsbeschlüssen.

Ausführliche selbstgeschriebene Angebote sind mit Aufschrift „Bewerbung“ an den Unterzeichneten bis zum 1. November 1921 einzuliefern.

Gustav Edler,
Steinstraße 16, part.

E. neuer grauer Herren-Paletot billig z. u. (7906)
Steinstraße Weg 23, I.

Guterh. Kinderwagen zu verkaufen. Näh. Schönebeck des Borsbotes. (7910)

Guterh. Damenst. z. v. 7902) Friedenstr. 83. pt.

Guterh. Stg. und Liege- wagen z. verk. (7912)
Alt-Kenfeld Nr. 8.

+ Magerteit +

Schöne volle Körperformen durch unser **„Negro“ Kraftpulver** in 6 bis 8 Wochen bis 80 Pfund Zunahme. Garant. ungeschädlich. Herzlich empfohlen. Streng reell! Viele Dankschreiben. Preis Karton mit Gebr.-Anw. Mk. 15.— Postanweif. od. Nachnahme.

Adler-Apotheke,
Lübeck, Obere Mengstr. 10.

Leder
Lederausschnitt
Ersatzsohlen in haltbaren
Fabrikalen
Alle Schuhmacherartikel
C. Grimm Nachf.,
Lederhandlung u. Schäfte-
fabrik. 7888

H. Schütz,
Hörnacher-
Johannis-
straße 20.
Uhren und Goldwaren.
(7891)

Wer die Ehreung will, sein u. verdient die neue Schrift: **„Menschenwürdige Verhältnisse der Arbeiterklasse“** von **VIKTOR SCHIFF** Preis 2 Mark

Wer erfundet?
Die Industrie sucht Erfindungen. Anregung zum Erfind. in uns. Broschüre mit Umschlag über 20 **umsonst.**
Allgemeine Handelsges. Leipzig 35, Waisenstraße 1/5

Der **Neue-Welt-Kalender** für 1922
ist erschienen und zum Preise von 3 Mk. zu haben in der
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.
(Lübecker Volksbote), Johannisstr.

Der **Neue-Welt-Kalender** für 1922
ist erschienen und zum Preise von 3 Mk. zu haben in der
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.
(Lübecker Volksbote), Johannisstr.

Nr. 1.

Ich hab's!
Urbin
Rebus
DER
Bester Schuhputz

Beitragsmarken

für Vereine, Gewerkschaften
fertigt an und liefert prompt, preiswert und in jeder Ausführung
Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstraße 46.

Der **Neue-Welt-Kalender** für 1922
ist erschienen und zum Preise von 3 Mk. zu haben in der
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.
(Lübecker Volksbote), Johannisstr.

Mitesser

in Gesicht u. am Körper beseitigt rasch u. zuverlässig Zucker's Patent-Medizinal-Seife. Nach jeder Waschungm. Zuckoob-Creme nachbehandeln. Krappants Wirkung, von Tausenden bestätigt. In allen Apotheken, Drogerien, Parfümerie- und Friseurgeschäften erhältlich. (7896)

Seifen

Größte Auswahl.
Ferd. Kayser

Delze

sind zirka **40% billiger**
als im Vorjahre, die Preise für Pelzelle sind schon wieder im Steigen begriffen.
Kaufen Sie daher rechtzeitig!
Ich biete an große Posten

Spezialität:
Feinste Natur-Skunks.
Reparaturen jetzt noch schnell u. preiswert.
Kostenanschläge bereitwilligst.
Pelzhaus Friedrich Zimmermann
Königsstraße 24,
Ecke Pfaffenstraße.